Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 4. November 1930
12. Jahrgang. Nummer 257

Erscheint täglich ... Bezugspreis: Wöchentl. ... 60 Pf., monatlich 1,10 Mk. + 50 Pf. ... Nummer 10 Pf. Durch die Post bezogen ... Streifband 3 Pf. Anzeigenpreis: ... Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- ... anzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespalte... zeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der An...annahme in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen ... Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Tel. 560 30. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Tel. 280 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17 bis 18 Uhr. Filialexpeditionen: Hindenburg, Kronprinzenstr. 260, I. Eingang Wallerstr., Tel. 3670; Oppeln, Adalbertstraße 11, Tel. 1364; Görlitz, Lunitz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Verdag", Filiale Breslau, Trebnitzer Straße 50.

18. Oktober: Der schwarze Sonnabend der SPD.

Dem Beispiel des Genossen Schlolaut-Liegnitz folgt der Vorsitzende der SAJ. Görlitz

Der Uebertritt des Genossen **Schlolaut** in Liegnitz zur KPD. hat weit über den direkten Wirkungskreis von Schlolaut in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, insbesondere aber unter den Jungarbeitern große Erregung ausgelöst. Vergeblich versucht die SPD.-Presse, die Bedeutung dieser Quittung für den 18. Oktober abzuschwächen. Sie hat nicht einmal gewagt, von der Massenversammlung in Liegnitz ein Wort zu berichten. Obwohl weit mehr als tausend Menschen in der Versammlung anwesend waren und vier Sozialdemokraten gesprochen hatten, dürfen die Leser davon nichts erfahren. Statt dessen wird eine krampfhafte verlogene „**Warnung**" losgelassen, wobei diese Gesellen nicht einmal den Mut haben, den Namen von Schlolaut zu erwähnen. Aber ihre „**Beschwichtigungs**"- und „**Warnungs**"-Manöver werden nichts nützen. Schon hat das Beispiel Schlolauts gewirkt. Jetzt ist der **Vorsitzende** der Sozialistischen Jugend in **Görlitz**, Genosse **Würzburg**, der gleichzeitig Vorstandsmitglied des Ortsvereins der SPD. in Görlitz ist, ebenfalls zur Partei Lenins übergetreten.

Genosse **Würzburg** hat sich noch während des Wahlkampfes äußerst aktiv für die SPD. betätigt. Fast **zehn** Jahre lang hat er in den Reihen der Jungarbeiter und der Partei gekämpft und überall wacker seinen Mann gestanden. Gestützt auf die Parolen, die von der SPD. im letzten Wahlkampfe herausgegeben worden waren, hatte er noch einmal gehofft, daß die SPD. den verbrecherischen Kurs ändern wird. Ganz besonders rechnete er damit, daß die SPD. nach der Wahl alles daransetzen wird, für die Beseitigung der Brüningschen Notverordnung zu sorgen.

Der Verrat der SPD. am 18. Oktober hat diese letzte Hoffnung zerstört, und Genosse Würzburg hat als ehrlicher Arbeiter die Konsequenz aus diesem Verrat gezogen und die Partei des Verrats nunmehr verlassen. Er hat uns seinen Uebertritt mit folgender Erklärung mitgeteilt:

> Werte Genossen! Da sich die Handlungsweise der SPD., sei es politisch oder kulturell betrachtet, mit meiner inneren Ueberzeugung als klassenbewußter Arbeiter nicht mehr vereinbaren läßt, erkläre ich meinen Austritt aus der SPD. und SAJ. und stelle obengenannten Organisationen meine Funktionen als 1. Vorsitzender der SAJ. und Vorstandsmitglied der SPD., Ortsverein Görlitz, zur Verfügung. Erkläre gleichzeitig meinen Eintritt in die KPD. und in den KJVD.
>
> Mit proletarischem Gruß!
>
> Karl Würzburg.

*

In der „**Volkswacht**" vom Sonnabend finden wir unter der Ueberschrift „**Zehn Jahre Jungsozialisten**" folgende sehr aufschlußreiche Mitteilungen:

„Der Weg zur sozialen Revolution, die Alleinherrschaft der Arbeiterklasse, das sind letzten Endes die Probleme und die dadurch notwendige praktische Kleinarbeit von zehn Jahren Jungsozialismus. Diesen Weg beleuchten und den Aufgabenkomplex der nächsten Zeit behandeln wird am Sonntag 19 Uhr Genosse Dr. F. Lewy, Berlin, in einer Versammlung der Jungsozialisten. Ort: „Weiß Schleife", Taschenstraße."

„Sonntag, vormittags 10 Uhr, Zentral-Ballsaal, Weidenstraße: „Der schwarze Sonnabend der Demokratie." Referent Dr. F. Lewy-Berlin. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt."

Diese Mitteilungen liefern einen sehr wertvollen Kommentar zu den Uebertritten der Jungsozialistenführer in Görlitz und Liegnitz. „**Der schwarze Sonnabend der Demokratie.**" So müssen sie heute selber ihren Verrat vom 18. Oktober, denn um diesen handelt es sich, firmieren. Am 20. Oktober aber verkündete der „linke" **Kranold** in der „**Volkswacht**" mit dreispaltiger Balkenüberschrift: „**Der Angriff des Faschismus abgeschlagen.**" Mit dieser verlogenen Firmierung des Verrats hofften sie die zu erwartende Empörung in den Kreisen der SPD.-Arbeiter einzudämmen.

Diese Kalkulation aber mußte sich nur zu bald als falsch erweisen. Die Empörung ebbt nicht ab, sondern greift weiter und tiefer um sich, wie die Vorgänge in Liegnitz und Görlitz beweisen. Angesichts dieser Tatsache wagen sich die „linken" Betrüger wieder hervor und beginnen ihre bekannten Manöver. Die einen, indem sie bei den Jungsozialisten reden, **nicht** über den „**abgeschlagenen Angriff des Faschismus**", wie der 18. Oktober zuerst getauft wurde, sondern über „**den schwarzen Sonnabend der Demokratie**". Und die anderen schreiben wieder lange Artikel, wie der berühmte Seydewitz, der gute Freund der Breslauer Eckstein er, von dem die „Volkswacht" vom gleichen Tage fast eine ganze Seite bringt, und den dann der Kranold auf Breslauer „**linke**" Art kommentiert. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Für heute genügt ja als Antwort auf diese neuen „linken" Betrugsmanöver die Erklärung des Genossen Würzburg. Die Zeit ist vorbei, wo man die sozialdemokratischen Arbeiter mit „linken" Phrasen über die rechten Taten hinwegtäuschen konnte.

Die Arbeiter fangen mehr als je, nach der Empfehlung Bebels, an, den SPD.-Führern auf die Finger zu sehen, auf ihre Taten zu achten. Weil unsere Taten in Einklang mit unseren Worten stehen, kommen die Arbeiter zu uns. So wird es bleiben, und so war der 18. Oktober nicht nur ein schwarzer Sonnabend für die Demokratie, sondern auch der schwarze Sonnabend der SPD. An diesem Verrat wird sie zugrunde gehen.

Hitler und Fememörder Heines — kamen von der Sozialdemokratie

Am Sonnabend veröffentlichte die gesamte SPD.-Presse einen von hohlen Phrasen angeschwollenen Aufruf einer Kommission der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und der Zweiten Sozialistischen Internationale. Dieser Aufruf, mit dem wir uns an andrer Stelle näher beschäftigen, verfolgt den Zweck, den Willen der sozialdemokratischen Arbeiter zum Kampfe gegen die faschistische Gefahr zu brechen.

So wie dieselben Leute sich unter dem ungeheuren Druck der Berliner Arbeiter gezwungen sahen, nach Eberts großem Vorbild sich ebenfalls für den Streik zu erklären, um ihn dann besser abwürgen zu können, so versuchen sie auch jetzt, durch diesen Aufruf ein ähnliches Manöver einzuleiten. Das tun sie in demselben Augenblick, wo ihr Dolchstoß in Berlin dem Unternehmertum die Möglichkeit bietet, an Stelle von vielen gemaßregelten revolutionären Arbeitern Nazis in die Betriebe hineinzubringen.

Aber dieser schwülstige verlogene Aufruf, der sich auch in der Sonnabendnummer von Löbes Leiborgan, der „Volkswacht", befindet, erfährt eine besonders wertvolle Charakteristik durch folgende interessante Notiz, die sich in derselben Nummer befindet. Unter der Ueberschrift: „**Alles Leugnen hilft nichts**" heißt es:

„Hitler hat bestritten, daß er sich 1919 zur Mehrheitssozialdemokratie bekannte. Sein Dementi ist aber völlig unglaubwürdig. Diejenigen, die damals in der Kaserne Zeugen seines Bekennermuts gewesen sind, halten ihre Behauptungen im einzelnen aufrecht, und Hitler weiß zur Widerlegung kein sachliches Wort zu erwidern. Noch peinlicher sitzt sein Intimus, der Fememörder Heines, in der Tinte. Die „Münchener Post" teilt jetzt mit, daß Heines nach dem Kriege ungefähr um die gleiche Zeit wie Hitler nicht nur Anhänger, sondern eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war."

Also nicht nur der „ehrenwerte" Häuptling der Nazibanditen, Hitler, kommt von der SPD., auch Heines, wohl der größte Halunke unter den Nazis — man muß diesen Lumpen bloß gehört haben, wie er sich **in Versammlungen seiner feigen bestialischen Morde rühmt** —, beide kommen also von der SPD. Sie stellen somit eine würdige Ergänzung jener zwei anderen faschistischen Bluthunde Europas dar: **Pilsudski** und **Mussolini**. Der erstere Führer der polnischen Sozialisten vor dem Krieg, und Mussolini der ehemalige Chefredakteur des „**Avanti**" („Vorwärts") in Italien. Nimmt man hinzu die Noske, Severing, Hörsing, Zörgiebel und Co., dann bekommt der Aufruf gegen den Faschismus erst sein wahres Gesicht. Er soll die sozialdemokratischen Arbeiter sturmreif machen für den Faschismus, während er in verlogener Weise das Gegenteil vortäuscht.

Dieses Manöver zu zerstören, ist die Aufgabe des Kampfbundes. Deshalb heran an die Arbeit! Mit aller Kraft muß jene Armee aus dem Proletariat gestampft werden, die allein die Gewähr bietet, daß der Faschismus wirklich vernichtet wird.

Niederschlesische Grubenbesitzer fordern Lohnabbau

Waldenburg, 3. November. Wie wir soeben erfahren, beabsichtigen die Grubenbesitzer den Tarif für den niederschlesischen Bergbau zu kündigen. Als Forderungen stellen sie auf:

Kürzung der Löhne um 6 Prozent und Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde.

Als Begründung für diese Forderungen verweisen sie auf die Notwendigkeit, die Kohlenpreise zu senken. Für den Fall der restlosen Bewilligung ihrer Forderungen sind sie bereit, den Kohlenpreis um 10 Prozent zu senken. — Es steht im Moment nicht fest, ob die Unternehmer tatsächlich die Stirn besitzen werden, neben einer Verkürzung der Löhne um 6 Prozent auch noch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu fordern. Feststeht jedenfalls, daß der vorläufige Ausgang des Berliner Metallarbeiterstreiks ihnen den Mut gibt, auch in Niederschlesien einen Lohnabbau zu versuchen. — Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition fordert alle niederschlesischen Bergarbeiter auf, sofort und beschleunigt die Vorbereitungen zum Abwehrkampf und für Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu organisieren!

Jugendbelegschaft der Preußengrube wählt Kampfausschuß

Am Sonnabend, dem 1. November, organisierten Jungarbeiter der Preußengrube eine Jugendbelegschaftsversammlung, um zu den bevorstehenden Lohnkämpfen im Bergbau Stellung zu nehmen. Genosse L. zeigte die politisch-wirtschaftliche Lage sowie die Vorstöße der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse und die Notwendigkeit der verstärkten Organisierung des Widerstandes gegen die kapitalistischen Terrormaßnahmen auf.

Nach einer ausgiebigen Diskussion wählten die jungen Kumpels einen Kampfausschuß aus ihrer Mitte für ihren Betrieb und stellten sich zur Aufgabe, mit der Vorbereitung des Kampfes die RGO.-Jugendorganisation verstärkt auszubauen.

Der Kampfausschuß setzt sich aus zwei Mitgliedern des KJVD. und sieben unorganisierten Jungarbeitern zusammen. Er ruft der oberschlesischen jungen und erwachsenen Bearbeiterschaft zu:

Folgt unserem Beispiel!
Macht die Betriebe und Belegschaften streikbereit!

Hitler von Goldschmidt bestochen

Eine Million Mark Judengeld für die Nazis

Die Nazis haben immer bestritten, von dem Juden Goldschmidt Geld erhalten zu haben. Jetzt wird von der „Welt am Abend" in Berlin ganz positiv die Behauptung aufgestellt, daß Beträge von einer Million Mark durch einen Herrn Lohausen von Goldschmidt an die Nationalsozialisten gegeben worden sind, und zwar auf dem Wege über die Osthandel-AG. Berlin.

Jede Woche neue Prozesse!

erfordern viel Geld!
Steigert die Tätigkeit für den Verteidigungsfonds der RHD.
Schafft neue Ortsgruppen und Betriebsgruppen der RHD.

Ein neuer Fürstenabfindungsskandal

Wofür in der Hindenburg-Republik Geld vorhanden ist

Aus Neustrelitz in Mecklenburg wird gemeldet, daß dort ein Schiedsgericht getagt hat, um über die erhobenen Ansprüche des dortigen ehemaligen Fürstenpacks zu entscheiden. Es hat jetzt der großherzoglichen Familie eine Summe von rund 3¾ Millionen Mark zugesprochen. Von dieser Summe entfallen auf die Großherzogin Elisabeth zwei Millionen Mark nebst Zinsen, auf die Prinzessin Militza von Montenegro, geborene Herzogin zu Mecklenburg eine halbe Million Mark nebst Zinsen, und auf die Prinzessin Marie zur Lippe, geborene Herzogin zu Mecklenburg, 160 000 Mark nebst Zinsen.

Während also in Deutschland das Elend geradezu lawinenartig anschwillt, hat sich hier ein Gericht gefunden, welches sich nicht scheut, rund vier Millionen Mark an eine ehemalige Fürstenfamilie, noch dazu an eine, die bereits über ein riesiges Vermögen verfügt, zu verschleudern. Nimmt man hinzu, daß im Gegensatz hierzu gerade in Mecklenburg nicht bloß unter den Arbeitern, sondern ebenso und zum Teil noch mehr unter den kleinen Bauern die größte Not herrscht, dann stellt dieses Urteil einen Skandal ohnegleichen dar.

Bilanz von 13 Jahren proletarischer Diktatur

Das Land ohne Wirtschaftskrise

Gewaltiger Aufbauplan für das „besondere Vierteljahr" der Sowjetunion

Moskau, 1. November. Der Rat der Volkskommissare faßte über den volkswirtschaftlichen Plan für das Sonderquartal Oktober/Dezember 1930 folgenden Beschluß:

Während des verflossenen zweiten Jahres des Fünfjahrplans der volkswirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion wurden auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaus außerordentliche Erfolge erreicht, die die Durchführung des Fünfjahrplans in vier Jahren sichern.

25 Prozent Produktionssteigerung

Die Bruttoproduktion der gesamten Großindustrie wuchs um 25 Prozent, die der Schwerindustrie um 40 Prozent. Die Kapitalinvestitionen des sozialistischen Sektors der gesamten Volkswirtschaft wuchsen um 84 Prozent, die Kapitalinvestitionen der Industrie um 89 Prozent.

Infolge der Entwicklung der Produktion und des immensen Aufbaus ist die Arbeiterzahl stark gewachsen, die Erwerbslosigkeit wurde liquidiert, was zu den größten Errungenschaften der Arbeiterklasse im laufenden Jahr gehört. Ein wichtiges Ergebnis des verflossenen Wirtschaftsjahres ist die Vergrößerung der Anbaufläche der Kollektivwirtschaften auf 36 Millionen Hektar, während für das Ende des Fünfjahrplans 20,6 Millionen Hektar vorgesehen waren. In den wichtigsten Getreidegebieten übersteigt die Zahl der kollektivierten Bauernwirtschaften die Gesamtzahl der Einzelwirtschaften. Die Sowjetgüter haben für das kommende Jahr über 8 Millionen Hektar bestellt, während für das Ende des Jahrfünfts 5 Millionen Hektar veranschlagt waren. Infolge der Entwicklung der Sowjetgüter und der Kollektivwirtschaften ist in diesem Jahre die gesamte Anbaufläche um 7,4 Millionen Hektar angewachsen.

Liquidierung des Kulakentums

Dank dieser durchgreifenden Umwandlung der Bauernwirtschaften zugunsten der Kollektivwirtschaften sowie der Entwicklung der Staatsgüter in der Sowjetunion wurde das Getreideproblem im Grunde genommen gelöst und konnte die Entwicklung des Anbaus gewerblicher Nutzpflanzen, besonders von Baumwolle und Zuckerrüben stark gefördert werden.

Diese Errungenschaften in der Sowjetunion sind das Ergebnis des ununterbrochenen Kampfes gegen die Schwierigkeiten, die durch den erbitterten Widerstand der untergehenden Klassen unseres Landes bedeutend gesteigert wurden. Bei der Durchführung des Vormarsches auf die kapitalistischen Elemente des Landes gingen die Kommunistische Partei und die Arbeiterklasse zur Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse über, wobei diese Politik als ein unlösbarer Bestandteil der geschlossenen Kollektivierung durchgeführt wurde.

Große Aufgaben im laufenden Vierteljahr

Die Ergebnisse des verflossenen Jahres gestatten die Aufstellung eines Volkswirtschaftsplanes für Oktober/Dezember 1930, der ein noch rascheres Entwicklungstempo der Volkswirtschaft und die Vorbereitung des weiteren sozialistischen Vormarsches im dritten Jahre des Fünfjahrplans vorsieht.

Infolgedessen bestätigt der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion folgende Hauptdirektiven für das Sonderquartal Oktober/Dezember:

Die Bruttoproduktion in Höhe von 5913 Millionen Rubel, also ein Zuwachs um 38,5 Prozent (im Verhältnis zur Durchschnittsproduktion des Quartals im verflossenen Jahr); davon entfallen auf die Schwerindustrie 43,3 Prozent, auf die Leichtindustrie 33,4 Prozent.

Die Gestehungskosten der Industrie sollen um zehn Prozent gesenkt werden.

Die Kapitalinvestitionen in die Industrie der Sowjetunion werden 970 Millionen Rubel betragen, außerdem wird eine Reserve von 40 Millionen Rubel bereitgestellt.

Behebung aller Mängel

Die Entschließung stellt fest, daß die Kapitalinvestitionen für 1929/30 nicht rationell genug ausgenutzt wurden. Besonders ungenügend wurde die Konzentrierung der Geldanweisungen für Baumaterial, technische und Arbeiterkader für die wichtigsten Bauten durchgeführt und die Aufgabe der Senkung der Gestehungskosten bei den Industriebauten im verflossenen Jahre nicht erfüllt. Da die Behebung dieser Mängel während des Sonderquartals und im Jahre 1931 absolut notwendig ist, werden die Regierungen der Bundesrepubliken und ihre Wirtschaftsorgane verpflichtet: Erstens die wichtigsten Großbauten von entscheidender Bedeutung, zweitens die Betriebe, die in nächster Zeit beendet und in Gang gesetzt werden können, in erster Linie und ausreichend mit Geldmitteln und Materialien zu versehen; die Gestehungskosten der Bauten im Sonderquartal um 8 Prozent zu senken; den Umfang der Großbauten der Kraftwerke mit 85 Mill. Rubel festzulegen; die Kapitalinvestitionen des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft mit 730 Millionen Rubel zu bestimmen (davon entfallen auf die Sowjetgüter 400 Millionen, auf die Kollektivwirtschaften 330 Millionen); die Landwirtschaft mit Landmaschinen, Traktoren, Transportautos und Inventar im Werte von 151,4 Millionen Rubel zu beliefern; die Auffüllung des Viehbestandes der Staatsgüter in Höhe von 534 000 Stück Großvieh zu sichern.

Für den **Eisenbahntransport** wurde beschlossen:

Eine Steigerung des Frachtumsatzes um 59 Millionen Tonnenkilometer, das sind 31,2 Prozent gegenüber dem Durchschnittsquartal 1929/30; die durchschnittliche Tagesleistung der Warenwaggons soll 135 Kilometer erreichen; die Arbeitsproduktivität soll gegenüber der entsprechenden Periode 1929/30 26,1 Prozent mehr pro Kopf betragen. Die Höhe der Kapitaleinlagen für das Transportwesen sind mit 655 Millionen Rubel veranschlagt, wobei die Senkung der Gestehungskosten der Bauten miteingerechnet ist.

Die Kapitaleinlagen von Post, Telephon und Telegraph usw. werden 45 Millionen Rubel betragen.

Für den Eisenbahntransport wurde beschlossen:

Die Ausgaben für Volksaufklärung und Ausbildung von Kadern belaufen sich auf 805 Millionen Rubel, die Kapitaleinlagen für die Industriekader nicht eingerechnet. Die Gesamtzahl der Studierenden beträgt an den Hochschulen 252 000, an den technischen Schulen 458 000 an den Arbeiterfakultäten 227 000.

Das einheitliche Staatsbudget weist Einkünfte in Höhe von 5107 Millionen Rubel, Ausgaben in Höhe von 4496 Millionen Rubel auf. Der Einnahmenüberschuß von 611 Millionen Rubel wird folgendermaßen verwendet: 503 Millionen für den besonderen Staatsfonds und 108 Millionen zur Erhöhung der Akkumulation des Volkskommissariats für Verkehrswesen auf das Staatsbankkonto der Sowjetunion.

Kapitalisten spenden Wahlgelder

für die Parteien von Nazis bis Sozis

Danzig, 1. November. (Eig. Meldung.) Die „Danziger Arbeiterzeitung" veröffentlicht Tatsachen über die Korruption aller bürgerlichen Parteien von den Nazis bis zur SPD. im jetzigen Wahlkampf zum Danziger Volkstag. In einem Rundschreiben des Verbandes Danziger Metallindustrieller, in dessem ersten Teil zur Durchführung von Streikbrucharbeit zur Unterstützung der Berliner Metallindustriellen gedrängt wird, wird das Korruptionsschema der bürgerlichen Parteien veröffentlicht.

Es heißt in diesem Schreiben:

„An Hand der Ergebnisse der vorigen Volkstagswahlen sind wir aufgefordert worden, wieder im gleichen Umfange wie das vorige Mal Mittel für die Wahl aufzubringen. Ein Fünftel dieser Beträge sind für die unmittelbare Wahlpropaganda des Notbundes der Erwerbsstände bestimmt, während vier Fünftel an die Parteien weitergeleitet werden sollen. Nach der von Ihnen gemeldeten Lohnsumme und den von den vorigen Volkstagswahlen geleisteten Zahlungen möchten wir Sie bitten, zu diesen Volkstagswahlen wieder einen Betrag von ungefähr 75 bis 120 Gulden beizusteuern, der wie oben angegeben verwendet werden soll. Wir bitten, Parteiwünsche uns anzugeben, in welcher Höhe und welche Partei bedacht werden soll.

Verband der Metallindustriellen Danzigs."

Die „Arbeiter-Zeitung" berichtet zugleich, daß auch die jüdischen Unternehmen eine Sammlung zur Schaffung eines Wahlfonds veranstaltet haben. Innerhalb des Vorstandes entbrannte ein Streit über die Zuwendung der Gelder an bestimmte Parteien. Während einige sich für das Zentrum aussprachen, beantragten die anderen Ueberweisung an die Sozialdemokratie. Schließlich einigte man sich darauf, die Verteilung in derselben Form vorzunehmen, wie sie vom Notbund der Erwerbsstände durchgeführt wird, d. h. auf Grund der Ergebnisse der vorigen Volkstagswahlen. Daraufhin haben sogar einige jüdische Unternehmer beantragt, ihre Wahlgelder der NSDAP. zu überweisen.

Die Bezahlung der Wahlpropaganda der Parteien von der SPD. bis zu den Nazis durch die Unternehmer zeigt, daß sie alle Lakaien des Großkapitals sind. Die einzige Partei des Kampfes gegen die kapitalistischen Ausbeuter ist die Kommunistische Partei.

Nazis für Young-Tribute und Versailles

Am 12. März 1930 erklärte der Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion großspurig im Reichstag:

„Wir erklären die uns durch die Young-Gesetze neuerdings auferlegten Lasten und Bedingungen namens der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei für null und nichtig.

In der dritten Lesung, in der allerletzten Minute, erhebt die Nationalsozialistische Arbeiterpartei noch einmal ihre warnende und anklagende Stimme. Hinweg mit den Haager Gesetzen, die Deutschlands Zukunft vernichten sollen Hinweg mit dem Fetzen Papier!"

Mit dieser Parole gingen die Nazis in den Wahlkampf. Aber am Mittwoch, dem 29. Oktober, enthielten sich die Nationalsozialisten im Auswärtigen Ausschuß der Stimme bei der Abstimmung über den

Antrag der Kommunisten auf sofortige Einstellung sämtlicher Young-Zahlungen

und auf sofortigen Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

Erkennt die nationalsozialistischen Volksbetrüger in ihrem wahren Lichte. Nationalsozialistische Arbeiter! Fordert Rechenschaft von euren verräterischen und betrügerischen Führern.

Gegen den Young-Plan kämpft nur die Kommunistische Partei

30 Prozent Dividende

Die Beute der Lohnräuber!

Die Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube im Kölner Braunkohlenrevier teilt offiziell mit, daß sie in diesem Jahr 30 Prozent Dividende verteilen.

Der Eschweiler Bergwerksverein, d. h. die Blutsauger von Anna II, verteilen 14 Prozent Dividende.

Von weiteren Meldungen über Riesengewinne heben wir hervor:

Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke 10 Prozent Dividende;

Klöckner-Werke 6 Prozent Dividende;

Siemens-Halske AG., Berlin, 12 Prozent Dividende.

Die Dividenden, die die Lohnräuber unter sich verteilen, beweisen riesige Gewinne. Millionen stecken sie ein und verlangen trotzdem Abbau der Löhne.

Die Antwort der Arbeiter an die Ausbeuter muß sein: Kampf unter Führung der RGO.!

Her mit dem Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich!

Hinauf mit den Löhnen!

RGO.-Sieg

Halle, 1. November. Bei der Betriebsratswahl in der Kröllwitzer Papierfabrik hat die RGO.-Liste die überwiegende Mehrheit errungen. Mit 296 Stimmen = 5 Sitzen hat sie die Reformisten, die 109 Stimmen und 2 Sitze erhielten, und den gelben Gewerkverein mit 97 Stimmen (1 Sitz), geschlagen. Bei der letzten Wahl gab es noch keine RGO.-Liste. Es wurden zwei Kommunisten auf der freigewerkschaftlichen Liste gewählt. Trotz massenhafter Entlassungen und Maßregelungen revolutionärer Arbeiter wurde dieser Sieg der RGO. errungen.

4. November Severing-Debatte

„Anna II" und „Maybach" vor dem Landtag

Berlin, 1. November. (Eig. Bericht.)

Am kommenden Dienstag, dem 4. November, tritt der Preußische Landtag wieder zusammen. Zunächst werden die Mißtrauensanträge gegen Severing beraten. Es wird noch am selben Tag zur Abstimmung darüber kommen. In derselben Woche kommen noch die Anträge der kommunistischen Fraktion für erhöhte Grubensicherheit zur Erledigung. Dabei wird Genosse Sobottka eingehend über den Bergarbeitermord auf „Anna II" und „Maybach" sprechen. Es ist beabsichtigt, den Landtag bereits Mitte November wieder zu vertagen, um am 10. Dezember mit den Etatberatungen zu beginnen.

Eine neue Brüning-Rede

Wie schon berichtet, tritt am 4. November auch der Reichsrat zusammen, um die Finanzgesetze der Regierung zu beraten. Die Sitzung wird öffentlich sein und beginnt vormittags 10 Uhr im Reichstag. Brüning beabsichtigt, einleitend eine große Rede über die politische Gesamtlage zu halten. Der Finanzdiktator Dietrich wird die vorgeschlagenen massenfeindlichen Gesetze im einzelnen näher beleuchten. Im Anschluß daran wird die Oeffentlichkeit wieder ausgeschlossen, d. h. man wird nicht erfahren, in welcher Weise sich die einzelnen Ländervertreter für oder gegen Brüning bekennen.

Vor dem Zusammentritt des Reichstags

Am 11. November tritt der Reichshaltsausschuß des Reichstags zusammen, um die vom Reichsrat überwiesenen Gesetzesvorlagen seinerseits zu beraten. Hauptgegenstand wird die Diktaturverordnung Hindenburg-Brüning sein und die von den Kommunisten dazu gestellten Aufhebungsanträge. Auch die Beamtenfrage wird eine Rolle spielen. Dazu liegt der Antrag der Kommunisten auf Aufhebung des Erlasses über die Kürzung der Bezüge der Reichsangestellten um 6 Prozent vor. Von besonderem Interesse wird die Beratung des kommunistischen Antrags auf Auszahlung einer Winterbeihilfe an Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner sein. Der Ausschuß wird wahrscheinlich drei Wochen tagen, um rechtzeitig zum Wiederzusammentritt des Reichstags die Vorlagen durchzupeitschen

Trotz Zusammenbruch der Anklage Gefängnisurteil

Landfriedensbruchprozeß gegen 14 kommunistische Arbeiter in Küstrin

Küstrin, 1. November. (Eig. Bericht.)

Eine Blamage der Staatsanwaltschaft brachte der Landfriedensbruchprozeß gegen vierzehn kommunistische Arbeiter wegen Teilnahme an einer Erwerbslosendemonstration am 26. Februar. Alle Belastungszeugen, insbesondere die Polizeibeamten, verwickelten sich so in Widersprüche, daß das Gericht die Anklage auf Landfriedensbruch fallen lassen mußte. Um so brutaler ist das Urteil: Heinze und Schmitz je zwei Wochen Gefängnis, Lietz und Seefeld je 40 Tage Gefängnis, Potratz, Pohlandt, Lembäjer, Ladewig, Gensch und Hennig je eine Woche Gefängnis. Die Angeklagten Klink, Sydow, Haberstroh und Jäckel wurden freigesprochen. Sydow wurden die außergerichtlichen Kosten auferlegt.

Zwei Strafgefangene ausgebrochen

Aus der Krankenabteilung des Hallischen Strafgefängnisses sind die zwei zu Zuchthausstrafen verurteilten Gefangenen Kolanus und Willi Lucia ausgebrochen. Beim Absprung von der Mauer erlitt Lucia schwere Verletzungen und ist gestorben. Der zweite Gefangene ist entkommen.

Opposition auch auf der

Konferenz des Deutschen Arbeiter-Turn- u. Sportverbandes in USA.

(RSJ.) Vor kurzem tagte eine Konferenz des Deutschen Arbeiter-Turn- und -Sportverbandes in Amerika, die ein eigenartiges Programm hatte. 1. Ausschluß des Genossen Fink wegen „Schädigung der Bundesinteressen"; 2. Unsere Stellungnahme zu den Labour Sports Union in Amerika.

Genosse Fink soll nämlich in der „Neuyorker Volkszeitung" bundesschädigende Artikel veröffentlicht und — eine Postkarte mit „Rot Front" unterzeichnet haben. „Aus diesem Grunde wäre ein Verbleiben im Arbeiter-Turn- und -Sportverband für den Genossen Fink unmöglich." Der Ausschluß dieses Genossen wurde in der Vorstandssitzung mit 8 gegen 1 Stimme, bei 5 Enthaltungen, vollzogen.

Die Konferenz, die von 36 Delegierten beschickt war, hat mit 18 gegen 17 Stimmen den Genossen Fink in seine Funktion als ersten Schriftführer wieder eingesetzt. Bei Behandlung des zweiten Punktes vertraten mehrere Delegierte die Linie der Zusammenarbeit mit der ISU. Ein Vertreter der LSU., Genosse Burke, war ebenfalls anwesend und begrüßte die Tagung. Die Sozialdemokraten sahen sich gezwungen, zu manövrieren. In der Entschließung der Konferenz heißt es: „Der Bundestag steht voll und ganz auf dem Boden der SSSJ., jedoch billigt er nicht alle Handlungen in derselben, ganz besonders die vielen ungerechten Ausschlüsse." Durch diese schein-linke Opposition und die Verleumdung der RSJ. gelang es den Sozialdemokraten, die Delegierten zu verwirren, so daß die Entschließung mit 29 gegen 6 Stimmen angenommen wurde.

Es ist nicht die letzte Konferenz, die ihr Wort zu den internationalen Beziehungen gesagt hat. Die revolutionäre Opposition hat zur Aufgabe, die wirklich konterrevolutionäre Rolle der LSJ. den Mitgliedern des Deutschen Arbeiter-Turn- und -Sportverbandes in Amerika zu enthüllen.

Die Spartakiade der RSJ. Juli 1931 in Berlin

(RSJ.) In Berlin wurde aus den Genossen der Leitung der Roten Sport-Internationale und der Deutschen Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit ein engerer Spartakiade-Ausschuß geschaffen, der bereits die Vorbereitung der Spartakiade in Angriff genommen hat. Anfang November tritt ein erweiterter Spartakiade-Ausschuß, dem prominente Führer der proletarischen revolutionären Bewegung aus verschiedenen Ländern angehören werden, zusammen.

Neue revolutionäre Sportpresse

(RSJ.) Die sowjetrussische Sportpresse wurde um zwei neue periodische Sportzeitschriften bereichert. In Novosibirsk begann der „Sibirskij fizkulturnik" (Sibirischer Physkulturtreibende) und in Samara die Zeitschrift „Na start" (Zum Start) zu erscheinen. Beide Zeitschriften sind für die Arbeitersportlermasse bestimmt.

Am Saalsportfest der Breslauer Arbeitersportler

wirken mit eine Auswahlmannschaft der Berliner Ringer, ferner der beste Jiu-Jitsu-Kämpfer Deutschlands. — Wer spielt gegen die Dresdener Städtemannschaft, mehrmaligen Bundesmeister im Fußball? Beachtet die weiteren Ankündigungen!

Sport vom Sonntag

Fußball

Der gestrige Sonntag stand am Vormittag im Zeichen des Zwischenrundenspiels. Fast 1000 Zuschauer erlebten auf dem Sparta-Platz ein Spiel, welches bestimmt nicht ganz befriedigte. Die angesetzten Serienspiele am Nachmittag fielen zum größten Teil aus, da die meisten Plätze infolge des Hochwassers und der katastrophalen Wetterlage der vorigen Woche noch nicht spielfähig waren. Es wird gemeldet:

VfL.-Breslau — VfB.-Brieg 3:1

Absolut spielfähig präsentierte sich der Sparta-Platz, als der Schiedsrichter den Ball freigab. Brieg hat Ansturm, der abgefangen wird und einen Durchbruch VfL.s nach sich zieht. Der Gegenangriff der Brieger verpufft über die Latte. Ein offenes Spiel, beherrscht von einer reichlichen Nervosität, zeigen die nächsten Minuten. In kurzen Abständen erzwingt Brieg zwei Ecken, die nichts einbringen. Wenige Minuten später verpaßt der Halblinke VfL.s die erste große Gelegenheit. Ruhiger sind die Mannschaften geworden. Nach gutem Durchspiel des Innensturmes der Breslauer ist es der Halblinke, der unhaltbar zum 1:0 und damit zum Halbzeitergebnis einsendet. Die noch fehlende Zeit vergeht in gegenseitigen gefährlichen Angriffen, wobei sich beide Stürmerreihen im Nichtausnützen von Torgelegenheiten überbieten. Die zweite Halbzeit zeigt dasselbe Bild. Abwechselnde Ueberlegenheit Breslaus und Briegs ohne jeden Torerfolg. So verliert das Spiel reichlich an Interesse. Zwölf Minuten fehlen noch zum Schluß. Brieg kämpft mit aller Verbissenheit, und der Ausgleich gelingt. Nach einer schlechten Abwehr der Hintermannschaft VfL.s nützt der Mittelstürmer diese Gelegenheit aus, und der Gleichstand ist erzielt. Schon eine Minute später kann VfL. durch einen Strafstoß das 2:1 und vier Minuten vor Schluß durch den Rechtsaußen das 3:1 erringen.

Freie Sportfreunde — 1930 3:1

Gegen 500 Zuschauer waren Zeuge eines viel zu hohen und zeitweilig planlosen Spieles beider Mannschaften. Mit Rieseneifer ging Sportfreunde ans Werk. Schwer hatte die Hintermannschaft von 1930 zu arbeiten, um diese bangen Minuten zu überstehen. Dann jedoch machen sie sich aus dieser Umklammerung frei. In der Mitte der ersten Halbzeit spielt sich der Rechtsaußen von 1930 gut durch; sein scharfer Schuß endet im Tor. Trotz aller Anstrengungen kann Sportfreunde den knappen Vorsprung bis zur Halbzeit nicht aufholen. Die zweite Hälfte wird wiederum mit unverändertem Tempo durchgeführt. Sportfreunde ist dabei auf Grund der Platzkenntnisse unverkennbar im Vorteil. Der Ausgleich und zwei weitere Tore bis Schluß sind der Erfolg.

Vorrundenspiel um die schlesische Fußball-Kreismeisterschaft

In Penzig standen sich in der Vorrunde die Meister des 2. und 7. Bezirkes gegenüber. Die erste Halbzeit sah ein reichlich nervöses Spiel beider Mannschaften. Grünberg konnte einen leichten Vorteil herausarbeiten und zur Halbzeit mit 1:0 führen. Nach dem Wechsel war Penzig bedeutend besser und schnürte Grünberg stark ein. Die Grünberger verteidigten mit allen Mitteln, konnten aber den Ausgleich und zwei weitere Tore bis Schluß nicht verhindern. Jahn, Penzig gewann das Spiel verdient 3:1. Nur knapp 400 Zuschauer waren Zeugen des Spiels.

4. Bezirk — Waldenburg. Zu einem Gesellschaftsspiel hatten sich Freie Sportfreunde, der Bezirksmeister des 4. Bezirks, den tschechischen Arbeitersportverein Braunau verpflichtet. Die Waldenburger blieben nach überlegenem Spiel reichlich hoch mit 6:0 Sieger. Zur Halbzeit stand das Spiel bereits 2:0. Hochwald, Hermsdorf, spielte gegen Sturm, Stanowitz, und verlor 2:4.

Handball

Durch das Verbot der städtischen Spielplätze wurde im Handball nur ein Spiel zum Austrag gebracht.

5. Abt. — Gandau 6:1 (2:0). Vor einer ansehnlichen Zuschauermenge trafen sich beide Mannschaften auf dem Guhl-Platz zum fälligen Serienspiel. Der Ansturm von Gandau wurde abgefangen und vor das Tor getragen, wo die Verteidigung klärte. In der zehnten Minute gelang es dem Linksaußen, durch prächtigen Schrägschuß der 5. Abteilung die Führung zu verschaffen, um wenige Minuten später die Torzahl auf 2 zu erhöhen. So blieb es bis zur Halbzeit. Nach der Pause erwartete man, daß Gandau etwas mehr aus sich herausgehen werde, doch der zerfahrene Sturm der Gandauer konnte sich vor dem Tore der 5. Abteilung nicht durchsetzen. Erst beim Stande von 4:0 gelang Gandau das einzige Tor des Tages. Bis zum Schluß gelang es der 5. Abteilung, obiges Resultat herzustellen.

Serienkämpfe der Arbeiter-Athleten

Am Sonntag brachte der Bezirk Waldenburg des Arbeiter-Athletenbundes in der städtischen Turnhalle in Dittersbach die Mannschaftskämpfe im Ringen für die Serie 1930/31 zum Austrag. Den Beweis, daß auch die kleineren Kreisvereine ihren Nachwuchs sorgfältig schulen, zeigten die interessanten Kämpfe der Schüler, welche gute Technik boten. Bezirksmeister wurde die Schülermannschaft des Turn- und Kraftsportvereins Reußendorf, welche mit 14½:13½ Punkten gegen die „Freien", Tannhausen, siegreich blieben. Die Männer-B-Klasse trug nur ihre Vorrunde aus, welche folgende Resultate brachte: Sportverein Neu-Kraußendorf I gegen Sandow, Dittersbach II 12:2 und gegen Tannhausen II 14:0. Dittersbach II gegen Tannhausen II 10:0. In der Männer A-Klasse standen sich im Endkampf um die Bezirksmeisterschaft der Titelverteidiger die „Freien", Tannhausen I und der Sportklub Sandow I, Dittersbach, gegenüber. Konnte Tannhausen die Vorrunde mit 8:6 gewinnen, so mußten sie in der Rückrunde mit 6:8 eine Niederlage hinnehmen, so daß das Gesamtresultat 14:14 Punkte lautete. Durch die kürzere Siegeszeit wurde Tannhausen I wieder Meister des 2. Bezirks.

Der Bezirk Breslau setzte in der Turnhalle Brunnenstraße seine Mannschaftskämpfe im Ringen mit folgenden Resultaten fort: Jugendringen: Freie Sportvereinigung 1897 I gegen Sportvereinigung Nordost I 21:11. Männer B-Klasse: Sportvereinigung Nordost II gegen Freie Sportvereinigung 1897 II: 7½:6½. Männer A-Klasse: Freie Sportvereinigung 1897 I gegen Sportvereinigung Nordost I 10:4.

Freie Sportvereinigung 1897. Die fällige Handballersitzung findet erst am Montag, dem 10. November, bei Klante, Hochstraße 7, statt.

Fußball-Notizen

Bezirksvorstand. Für Sonntag, den 9. November, besteht für den ganzen Tag Spielverbot. Am Nachmittag findet auf dem Sparta-Platz am Schlachthof das Endspiel um die Bezirksmeisterschaft des 1. Bezirks statt. Spielgegner sind VfL. I und Sturm I.

Bezirksvorstand. Das Spielverbot über Union Deutsch-Lissa ist aufgehoben.

ASV. Sturm. Am 4. November, 20 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Engwicht. Am 7. November, 20 Uhr, Monatsversammlung.

Verhandlungsausschuß. Die Protestverhandlung Wratislawia gegen VfL. am 5. November findet nicht statt.

Bezirks-Serienkämpfe der Arbeiter-Athleten

Am Sonntag, dem 26. Oktober, fanden die Serienkämpfe in der Turnhalle Brunnenstraße ihre Fortsetzung. Es kämpften Jugend 1897 gegen Nordost 08, A-Klasse 1897 gegen Nordost 08, sowie B-Klasse 1897 gegen Nordost 08. Bei der Jugend sah man spannende Kämpfe, so daß man auf das Zusammentreffen der Jugend von 1897 mit Arbeiter-Athletenverein 1911 gespannt sein darf. In der Vorrunde siegte in der Klasse bis 80 Pfund Janz 1897 kampflos, Gladisch 1897 gegen Kutsche Nordost in 2,51 Min., Frater 1897 gegen Wicher Nordost in 1,36 Min., Flegel VB. 1897 gegen Häsler Nordost in 2,37 Min., Busch 1897 gegen Schirlei in 4,21 Min., Grünspecht 1897 verlor gegen Bachmann Nordost in 3,06 Min., Junge 1897 und Langner Nordost trennten sich unentschieden, Kuhnt Nordost siegte kampflos. In der Vorrunde 1897 1. Jgd. gegen Nordost 1. Jgd. 11:5 Punkte für 1897. In der B-Klasse trafen 1897 und Nordost aufeinander. Im Fliegengewicht siegte Pätzold H. 1897 kampflos. Bantamgewicht: Pätzold 1897 gegen Großpietsch Nordost unentschieden. Im Federgewicht siegte Krusch 1897 gegen Thomas Nordost in 3,08 Min. Im Leichtgewicht siegte Schwitalle K. Nordost über Buchsch 1897 in 7,22 Min. Im Kampf der Mittelgewichtler blieb Schwitalle E. Nordost in 6,30 Min. gegen Unger 1897 siegreich. Im Halbschwergewicht trug Labude Nordost gegen 1897 einen Punktsieg davon. Schwergewicht Müller 1897 gegen Ulbruch Nordost unentschieden. In der Rückrunde der Jugend siegte Janz 1897 kampflos, Gladisch 1897 siegte gegen Kutsche Nordost in 4 Min. Franz 1897 siegte gegen Wicher Nordost in 2,47 Min. Flegel 1897 siegte gegen Häsler Nordost in 4,56 Min. Busch 1897 gewann gegen Schirlau Nordost in 0,47 Minuten. Bachmann Nordost gewann gegen Gumprecht 1897 in 3,59 Min. Lange Nordost besiegte Junge 1897 in 2 Min., während Kuhnt Nordost kampflos siegte. Sodann trat 1897 A-Mannschaft gegen Nordost 03 A-Mannschaft an. Im Fliegengewicht siegte Schmidt 1897 gegen Thomas Nordost in 1,14 Min. durch Eindrücken der Brücke. Im Bantamgewicht siegte Pätzold 1897 gegen Hülse in 3,59 Min. durch Kreuzhüftzug. Im Federgewicht blieb Strauch 1897 über Sübirre Nordost in 0,41 Min. durch Selbstfaller siegreich. Unentschieden trennten sich die Leichtgewichte Weiß 1897 und Thomas Nordost. Das Mittelgewichtstreffen gewann Faulde Nordost kampflos. Unentschieden war das Treffen zwischen Fronzeck 1897 und Thasler Nordost im Halbschwergewicht. Den Kampf der Schwergewichte entschied Aßmann 1897 gegen Sieramsky Nordost in 2,56 Min. durch Eindrücken der Brücke zu seinen Gunsten.

Resultate: A-Klasse 10:4 Punkte für 1897.
B-Klasse 7½:6½ Punkte für Nordost 08.
Jugend-Vorrunde 11:5 Punkte für 1897.
Rückrunde 10:6 Punkte für 1897.

Die nächsten Kämpfe finden am 16. November in der Turnhalle der Liegnitzer Schule statt.

November-Programm der Radfahrer

5. November: Ortsgruppen-Jugendausschußsitzung bei Böhm, Jahnstraße. — 10. November: Sportausschußsitzung in demselben Lokal. — 12. November: Lehrkursus sämtlicher Fahrwarte im „Hubertus", Friedrich-Wilhelm-Straße 32. — 19. November: Vorstandssitzung bei Böhm, Jahnstraße. — 26. November: Monatsversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer siehe Tafel. — 1. Abteilung: 4. und 18. November Abteilungsabend bei Cichos, Klosterstraße 125. — 2. Abteilung: 14. und 28. November Abteilungsabend bei Klante, Hochstraße 7. — 3. Abteilung: 18. November Abteilungsabend bei Mally, Westendstraße 37. — 4. Abteilung: 3. und 17. November Abteilungsabend bei Wiezorek, Bartschstraße 6. — 5. Abteilung: 11. und 24. November Abteilungsabend bei Wolff, Hedwigstraße 15. — 6. Abteilung: 6. und 20. November Abteilungsabend bei Baumgart, Brunnenstraße 34. — 7. Abteilung: 4. und 18. November Abteilungsabend bei Hoffmann, Schönstraße 21. — 9. Abteilung: 14. November Generalversammlung bei Krusch, Frankfurter Straße 149. 28. November Abteilungsabend in demselben Lokal. — Jugendabteilung: Heim West: Jeden Montag Heimabend, Friedrich-Wilhelm-Straße 45. Heim Nord: Jeden Dienstag Heimabend in der Pestalozzischule, Michaelisstraße 78/80. — Montag, den 10. November, Revolutionsfeier im Heim West. — Motorradfahrerabteilung: 20. November Abteilungsabend im „Piastenbräu", Friedrich-Wilhelm-Straße 32. Mitgliedsbücher mitbringen, Beiträge abrechnen. — Abt. Rosenthal: 7. November Abteilungsabend im Lokal „Zur scharfen Ecke", Trachenberger Straße.

Geländelauf. Die Freie Kanu-Vereinigung Breslau ladet hiermit durch alle dem Kartell angeschlossenen Vereine zu dem am 19. November (Bußtag) stattfindenden Geländelauf ein. Es ist dies eine der wenigen Veranstaltungen, an denen die Kanufahrer die Brudervereine zu Gaste laden können. Die Auswahl der Laufstrecken und die sonstigen Vorarbeiten sind sorgfältig ausgeführt worden. Meldungen bald, spätestens bis 12. November, an Sportleiter W. Frost, Karl-Marx-Straße 67. — Nachstehend die Ausschreibung: 1. Lauf für Jugend 3000 Meter, Start 9,30 Uhr; 2. Lauf für Männer 3000 Meter, Start 10 Uhr; 3. Lauf für Männer 6500 Meter, 10,30 Uhr.

Zirlau, ASV. Stern

Die für den 26. Oktober mit Hochwald-Hermsdorf abgeschlossenen Spiele kamen auf Grund des miserablen Wetters nicht zum Austrag. Regen bringt immer aufgeweichte, schlüpfrige Plätze und damit erhöhte körperliche Anforderungen an die Spieler. Unter solchen Umständen verzichtet man gern auf die Austragung anberaumter Spiele und es wird die Begegnung Stern-Zirlau gegen Hochwald-Hermsdorf voraussichtlich auf den 23. oder 30. November verlegt werden.

„Der Techniker"

das Organ der Interessengemeinschaft für rote Sporteinheit für den praktischen Uebungsbetrieb, muß in jedem Verein gelesen werden. — Die Oktober-Ausgabe erschien am 25. d. M. Gebt eure Bestellung sofort auf an den

Arbeiter-Sport-Verlag GmbH.
Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 79 A.

Die Patent-Fußball-Hüllen

haben sich bei vielen Spielen bewährt. Der schnurlose Ball setzt sich durch! Wir liefern einen kompletten Ball aus 1a Chromleder mit Nahtschutz für 23 Mark.

Arbeiter-Sport-Verlag GmbH.
Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 79 A.

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

Rund um den Erdball

Ernsthafte Erfindung oder Bluff?

Immer wieder „Todesstrahlen"

Englische Militärs veröffentlichen Mitteilungen über deutsche Experimente mit „Todesstrahlen" — Kriegsflugzeuge mit 350-Kilometer-Geschwindigkeit

London, 1. November. Nach Mitteilungen eines Teiles der deutschen bürgerlichen Presse beschäftigen sich englische Militärfachleute zur Zeit wieder einmal intensiv mit den Experimenten, die in Sachsen mit sogenannten „Todesstrahlen" unternommen worden sein sollen.

Diese Strahlen sollen, nach dem Bericht der englischen Militärs, dazu dienen, Luftschiff- oder Flugzeugmotoren durch Unbrauchbarmachung der Magnete zum Versagen zu bringen, also Pannen zu erwirken. Ihre Verwendung im Krieg würde — im Falle der tatsächlichen praktischen Verwertung — naturgemäß für den Luftkrieg von außerordentlich großer Bedeutung sein, da man auf diese Weise jedes „feindliche" Luftfahrzeug zur Notlandung zwingen könnte.

Vor 6 Jahren ...

Ein englischer Erfinder, namens Mattews, so erinnern jetzt die englischen Militärs, hatte sich bereits vor sechs Jahren erboten, mit Hilfe solcher Strahlen eine beliebige Anzahl fahrender Autos in Londoner Straßen aus weiter Entfernung zum Halten zu zwingen. Da aber seine Erfindung von den englischen Sachverständigen angeblich seiner Zeit nicht anerkannt wurde, habe sich Mattews nach Deutschland gewandt und mit einem deutschen Erfinder und durch Unterstützung amtlicher Stellen seine Erfindung ausgebaut. In Sachsen endlich soll Mattews vor einem größeren Kreis von „Interessenten", also Militärs, seine Experimente vorgeführt haben.

Diese aufsehenerregenden Feststellungen wurden offensichtlich vom englischen Geheimdienst der Oeffentlichkeit bekanntgegeben und sind bei den Imperialisten aller Länder auf heftiges Für und Wider gestoßen. Während französische Militärfachleute die Todesstrahlen als technische Unmöglichkeit bezeichnen, gibt es andere, die in den Geheimlaboratien desto ernsthafter an diesem Problem arbeiten.

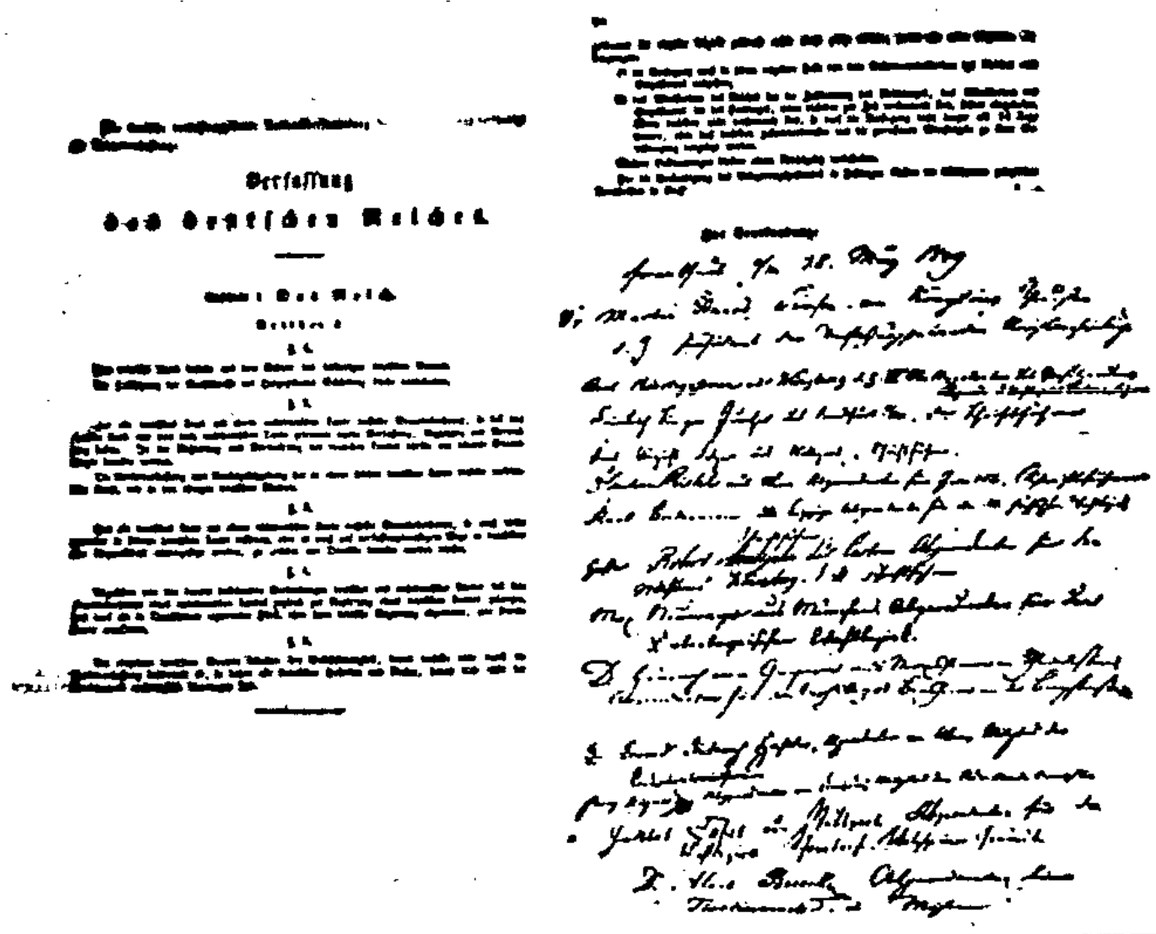
Englische „Arbeiter"regierung modernisiert ihre Mordmaschinen

Die Diskussionen über die geheimnisvollen „Todesstrahlen" sind noch nicht zum Abschluß gekommen und schon erreicht uns die Nachricht, daß die englische „Arbeiter"-Regierung in großem Umfange eine Modernisierung ihrer Kampfluftgeschwader durchführt. Es werden vollständig neue Typen eingestellt, die die rasende Geschwindigkeit von 350 Kilometer in der Stunde erreichen sollen. Ebenfalls werden für die Bombengeschwader ganz im geheimen neue Typen entwickelt.

Die Arbeiterschaft ist in Alarmbereitschaft

Die Arbeiterschaft aller kapitalistischen Länder verfolgt die Experimente auf dem Gebiete der Kriegstechnik mit schärfster Aufmerksamkeit. Widerlegen doch gerade diese geheimen Rüstungen auf das eindeutigste das Völkerbundmärchen von der „Abrüstung". Ob die geheimnisvollen „Todesstrahlen" zur Zeit wirklich eine ernsthafte Erfindung oder einen Bluff darstellen, ist mit Bestimmtheit natürlich nicht zu sagen. Daß aber über kurz oder lang wirklich praktisch verwendbare fernlenkbare Motorfahr- und Flugzeuge konstruiert werden, die eine Fernwirkung zum Zwecke von Motordefekten erzielen können, liegt durchaus im Bereich der technischen Möglichkeit. Daß andererseits solche Experimente gerade von deutschen Militärs unterstützt werden, ist ebenfalls erklärlich. An der revolutionären Arbeiterschaft liegt es nun, daß die dunklen Mordpläne der Imperialisten auf der ganzen Linie scheitern.

Wer hat die 48er Verfassung geklaut?



Malheur! Malheur! Aus der Bibliothek des Reichstages ist die Urkunde der Verfassung des Deutschen Reiches von 1848 — deren erste und letzte Seite hier wiedergegeben sind — auf bisher ungeklärte Weise verschwunden. Sie befand sich in einem geschlossenen Schrank im Speicher der Reichstagsbibliothek. Demokraten und Sozialdemokraten schreien, als wenn sie am Spieße steckten. „Nu, wenn schon," sagt der Arbeiter, „unsere Verfassung war es nicht! Die Rechte der Kaiser und der Weimarer Verfassung sind den Arbeitern schon längst geklaut, was nützt uns dann noch die Urkunde? Laß ihn glücklich damit werden!"

Die Ursachen der Katastrophe des Luftkreuzers „R 101"

Mit ungeprüften Motoren zur Indienfahrt gestartet

Die 51 Toten als Opfer der englisch-imperialistischen Prestigepolitik

London, 1. November. Zur Zeit wird in London mit viel Reklamegeschrei die Ursache der entsetzlichen Katastrophe des Luftkreuzers „R 101" untersucht.

Die Untersuchung ergab mehrere Einzelheiten, die eindeutig beweisen, daß die englische Regierung an der Katastrophe ein gerüttelt Maß Schuld trägt. Einwandfrei wurde nachgewiesen, daß die Regierung durch den Luftfahrtminister Lord Thomson mit aller Gewalt darauf drängte, daß die Indienfahrt sofort unternommen wurde, obwohl die notwendige Prüfung des Luftkreuzers vor der großen Fahrt dadurch verhindert wurde. Die englische „Arbeiter"-Regierung wollte also nichts mehr und nichts weniger als eine erfolgreiche Indienfahrt aus Prestigegründen vor der gerade bevorstehenden Reichskonferenz des britischen Weltreiches haben.

So kam es also, daß die Probefahrt des „R. 101" statt der notwendigen 24 Stunden nur knappe 16 Stunden dauerte. Während dieser kurzen Fahrt versagte ein Motor und ein zweiter entwickelte nicht die volle Geschwindigkeit. Die Prüfung, ob das Schiff bei höchster Fahrgeschwindigkeit betriebssicher sei, wurde ebenfalls wegen Zeitmangel unterlassen. Mit diesem ungeprüften Luftschiff wurde dann die Indienfahrt angetreten. Daß unter diesen Umständen der Luftkreuzer bei der ersten schweren Belastung zerschmettert werden mußte, war vorauszusehen.

Die 51 Menschen, die bei der Katastrophe umkamen, sind also auf das Schuldkonto der Macdonald-Regierung zu buchen, die aus Gründen imperialistischer Prestigepolitik die notwendigsten Vorbereitungsarbeiten verhinderten.

Schiffsstrandungen an der südländischen Küste

Der deutsche Dampfer „Karl Rehder", mit Kohlen beladen, ist auf der Reise von Rotterdam nach Skive gestrandet. Die Rettungsboote sind klar, um die 14 Mann starke Besatzung von Bord zu nehmen. Ganz in der Nähe des deutschen Schiffes ist ein holländischer Motorschoner, ebenfalls mit Kohlen beladen, gestrandet. Der ungewöhnlich hohe Seegang hat es bisher unmöglich gemacht, die Rettungsboote auszusetzen.

Die wichtigste Broschüre des Tages

DIE ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE IM ANGRIFF

Von A. LOSOWSKY

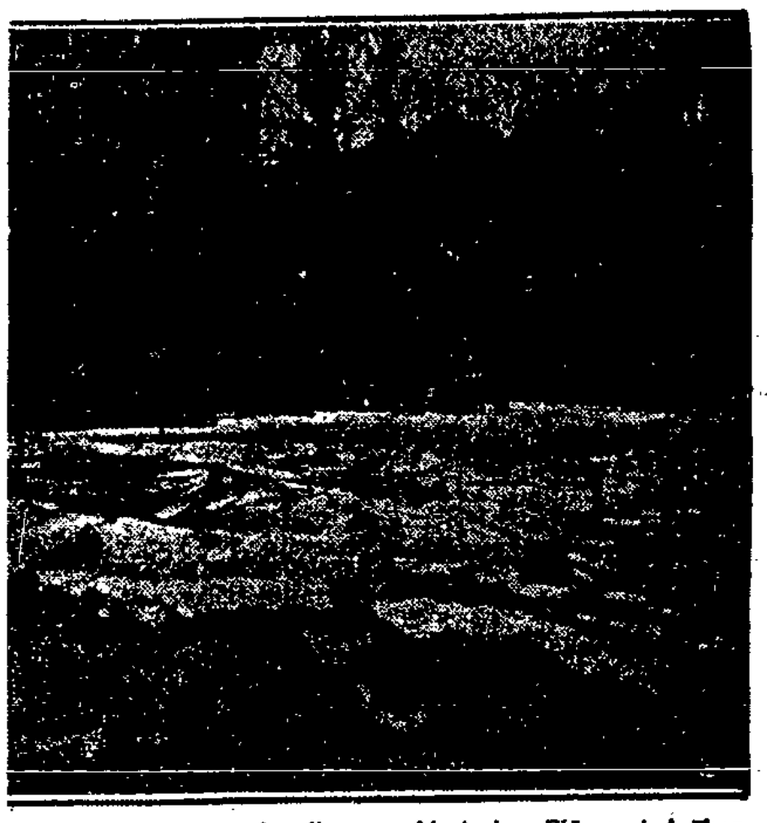
Drei Reden, gehalten auf dem V. Kongreß der RGI., mit den Thesen über „Weltkrise, Weltwirtschaftskampf und Aufgaben der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung."

120 Seiten — 20 Pfennig

Jeder Gewerkschafter, jeder Betriebsarbeiter und jeder Erwerbslose muß diese Schrift lesen!

Erhältlich bei allen Litobleuten

Dammbruch bei Brieg



Die riesig angeschwollenen schlesischen Flüsse sind überall über die Ufer getreten. An einigen Stellen sind die Dämme gebrochen. So zeigt unser Bild eine der Dammbruchstellen bei Brieg, durch die in einer Breite von 70 Meter das Hochwasser der Oder sich ins Land ergießt und dort Felder und Wiesen meterhoch überschwemmt.

Oklahoma-City von einer Oelquelle bedroht

Neuyork, 1. November. Eine Oelquelle, die seit etwa zwölf Stunden ununterbrochen fließt, gefährdet den Südostteil der amerikanischen Stadt Oklahoma-City. Mehrere hundert Familien mußten bereits wegen Feuersgefahr ihre Wohnungen räumen. Außerdem wurden die Schulen geschlossen. Die Oelquelle, ein sogenannter „Springer", stößt in einem Zeitraum von 24 Stunden etwa 110000 Faß Oel aus.

Unwetterverwüstungen im Riesengebirge

Das Unwetter der letzten Tage hat besonders im Riesengebirge große Verheerungen angerichtet. Bei Spindlermühle sind streckenweise selbst stärkste Bäume vom Sturm wie Streichhölzer umgeknickt. Ueberall sind große Waldbestände, wie unser Bild zeigt, so gut wie vernichtet worden

Breslau

Karte sofort besorgen!

Am Freitag, dem 7. November, findet im großen Saal des Schießwerders die Revolutionsfeier 1930 statt. Die Revolutionsfeier hat in diesem Jahre eine besondere Bedeutung. Auch in Breslau spüren wir immer stärkere Zuspitzung der Klassengegensätze infolge der sich immer weiter auswirkenden Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die Revolutionsfeier wird ausgestaltet durch das Auftreten der Spieltruppe „Komsomol" des KJVD., Gruppe Süd, sowie der Ifa-Truppe „Fanal". Ferner rezitieren Paryla und Menschel. Die Eintrittskarten (für Vollarbeiter 40 Pfennig, für Erwerbslose 20 Pfennig), sind noch bei allen Funktionären zu haben. Da jedoch bereits äußerst starke Nachfrage eingesetzt hat, sichere sich jeder sofort seine Karte!

Sollen unsere Kinder sterben?

Eine Arbeiterin schreibt: Die Pressestelle des Magistrats fordert auf, alle Kinder, die diphtherieverdächtig sind, zum Arzt zu schicken. Die Aufforderung ist gut gemeint, aber wo nehmen die Mütter die 50 Pfennige für den Krankenschein her, da das Geld kaum zum Sattessen langt? Prolet, verrecke, denn Kranksein ist ein Luxus, den du dir nicht leisten darfst! Wie wäre es, Magistrat, wenn du einmal die Luxussteuer für die Besitzenden einführen würdest? Käme da nicht mehr zusammen, als bei uns Proleten? Wie kommen wir Proleten dazu, den Kapitalisten, die sich im Kriege die Taschen doppelt und dreifach gefüllt haben, die Kriegsschulden zu decken? Ist es nicht schon genug, daß die arbeitende Masse eine Menge Versicherungsbeiträge für die Erwerbslosen zahlen muß? Nun kommt noch die Kopf- und Getränkesteuer. Mütter, reiht euch ein in die gemeinsame Kampffront!

Vorsicht, Polizeispitzel!

Vor einigen Tagen fand der Prozeß gegen die Arbeiter Hoyer, Schätzke, Scholz und Kühn wegen der bekannten Zusammenstöße mit den Nazis an dem Waschteich statt. Ueber den Ausgang des Prozesses haben wir bereits berichtet. Bei dem Zusammenstoß wurden neun Arbeiter verhaftet. Von den Nazis wurde nur ein gewisser Karsubke, wohnhaft Scheitniger Straße 54, festgenommen und sofort entlassen. Bei dem Prozeß stellte es sich heraus, daß dieser Karsubke unzweifelhaft ein Polizeispitzel ist. Er ist Nazimann und gehört der SA.-Abteilung an. Auf konkrete Fragen des Verteidigers Rechtsanwalt Dr. Gotthilf gab Karsubke vor Gericht zu, daß er Nachrichten an die Polizei gibt, im Besitz einer Polizei-Trillerpfeife ist und auch einen Revolver hat, der sich angeblich zur Untersuchung bei der Kriminalpolizei befindet. Dieser Karsubke war es, der am Freitag vergangener Woche an der Friedrich-Wilhelm- Ecke Willmannstraße nach einem Jungarbeiter geschossen hatte.

✣

Eine Familie ähnlicher Gattung ist die Familie Scholz, wohnhaft auf der Großen Dreilindengasse 5, im Keller. Obwohl die Mutter, Anna Scholz, erwerbslos und von Beruf Waschfrau ist, hält sie es für zweckmäßig, Mitglied des Königin-Luise-Bundes zu sein. Ihre vier Söhne gehören sämtlich dem Stahlhelm an. Was wunder, wenn diese Familie mit Ausdrücken um sich wirft, die sie der Unternehmersprache entnommen haben. So werden z. B. die Erwerbslosen als „arbeitsscheues Gesindel" und die Kommunisten als „Zuchthäusler" und „Spitzbuben" bezeichnet.

Arbeiterkinder, tretet ein in unsre Reih'n!

(Dieses Gedicht wurde von unserem Breslauer Pionier Rudi Kusche selbst gedichtet)

Der Vater zu Hause arbeitslos,
Die Mutter — das siebente Kind auf dem Schoß.
Die Familie keinen Pfennig in der Hand,
Solche Zustände herrschen im deutschen Land.

In Rußland hat jeder Arbeiter sein Brot,
Da leiden die Kinder keine Hungersnot.
Drum schließt euch ein in unsre Reih'n,
Wir wollen freie Kämpfer sein.

Alle Arbeiterkinder von den Gassen,
Ihr müßt die Zeit nicht immer verpassen.
Wir reisen in die weite Welt,
Dorthin, wo es uns gefällt.
Drum tretet ein in den JSB.!

Tödlicher Verkehrsunfall. Der 59jährige Kaufmann Paul Langer aus der Nachodstraße fuhr mit seinem Lastauto am 20. Oktober gegen 20 Uhr auf der Chaussee Liegnitz—Breslau. Im Schlaf fiel er plötzlich von seinem Führersitz und geriet unter den schweren Lastkraftwagen. Hierdurch erlitt er einen Schädelbruch und Verletzungen an Händen und Knien. Durch das Krankenauto der Feuerwehr wurde er in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus eingeliefert, woselbst er am Sonnabend gegen 21 Uhr an den schweren Verletzungen verstorben ist. — Am Sonnabend gegen 12.50 Uhr wurde die Witwe Glaser aus der Wenzelstraße beim Ueberschreiten des Fahrdammes auf der Schweidnitzer Straße in der Nähe der Dorotheenkirche von einem aus Richtung Ring kommenden Straßenbahnzug der Linie 22 angefahren. Hierbei stürzte sie zu Boden und geriet mit dem rechten Fuß unter die Schutzvorrichtung und wurde hierbei eingequetscht. Durch Anheben des Straßenbahnwagens wurde die Verletzte aus ihrer Lage befreit. — Auf dem Nikolaistadtgraben, vor dem Grundstück Nr. 16, ereignete gestern nachmittag, gegen 16.12 Uhr, ein Zusammenstoß zwischen einem Triebwagen der Linie 7 und einem Anhängewagen der Linie 27. Bei dem Zusammenstoß wurden beide Wagen beschädigt und mußten abgeschleppt werden. Zwei Fahrgäste der Linie 7 erlitten bei dem Zusammenstoß Verletzungen.

Von den Zechgenossen überfallen und beraubt. Am 29. Oktober wurde ein Hoteldiener in der Neueweltgasse, Ecke Burgfeld, von zwei jungen Leuten, mit denen er vorher in einem Lokal gezecht hatte, überfallen. Während der eine der Täter den Ueberfallenen am Halse würgte, entwendete der andere Täter das in einer Hosentasche lose getragene Geld im Betrage von 38 Mark. Die Täter konnten inzwischen ermittelt werden.

Gründungsversammlung ASV. Fichte. Dienstag, den 4. November, findet im „Anglerheim", Leuthenstraße 72, um 20 Uhr die Gründungsversammlung des ASV. Fichte statt, wozu alle Sportinteressenten eingeladen werden.

Rote Hilfe West. Alle Mitglieder der Roten Hilfe erscheinen bestimmt Montag um 20 Uhr im „Zentralhallen", Westendstraße, zu einer sehr wichtigen Mitgliederversammlung. Die Parteigenossen, die in der RH. sind, eine Stunde früher.

Ein Verkauf von Möbeln, Hausrat, Nähmaschinen usw. findet am Mittwoch auf der Niedergasse statt. (Siehe Inserat des Wohlfahrtsamtes Breslau.)

Freie Lichtfreunde. Dienstag 20 Uhr Gewerbeschule, Gartenstraße, Gemeinschaftsabend mit Berichterstattung von der Spartentagung in Leipzig.

Kampfbund Ost. Montag 19.30 Uhr bei Jondlick, Königgrätzer Straße, Versammlung. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Roter Frauen- und Mädchenbund. Dienstag, 20 Uhr, Kameradschaftsabend bei Kaps, Mariannenstraße 17. Alle Theaterspieler müssen erscheinen.

KJVD., West. Alle Genossen der Abteilung Agitprop treffen sich heute 20 Uhr im „Anglerheim", Leuthenstraße.

KJVD. West. Mittwoch, 20 Uhr, Mitgliederversammlung in der Lange Gasse 62, „Gambrinussäle".

Jeder erwerbslose Jugendgenosse erscheint Donnerstag, 15 Uhr, im „Anglerheim".

Nachzahlung ab 1. April 1930

Einzelheiten der diktatorischen Steuer- und Mietenerhöhung — Kotzam läßt papierne Resolutionen steigen — Mieter, organisiert den Abwehrkampf!

In dem Inseratenteil der heutigen Zeitung gibt der Breslauer Magistrat den Inhalt der Verordnung bekannt, wonach für das Steuerjahr 1930/31, d. h. beginnend mit dem 1. April 1930 erhöhte Steuern zu zahlen sind. Es müssen gezahlt werden:

450 Prozent Zuschlag zur Grundvermögensteuer,
625 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage,
1700 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Kapital.

Die Nachzahlung muß bis Ende März 1931 erfolgt sein. Der Magistrat gibt zu der amtlichen Bekanntmachung folgende Erläuterung:

„Bei der Nacherhebung der erhöhten Zuschläge zur Grundvermögenssteuer ist zu berücksichtigen, daß die bisherigen Vorauszahlungen nicht nach einem einheitlichen Steuersatze geleistet worden sind, sondern teilweise nach dem für das Vorjahr beschlossenen Satze von 340 v. H., teilweise aber auch nach einem Satze von 395 v. H. Hiernach richtet sich auch die Höhe der in den Monaten Dezember 1930 bis März 1931 zu leistenden Nachzahlung. Die Steuerpflichtigen, die bisher 395 v. H. gezahlt haben, haben gegenüber dem Satze von 450 v. H. monatlich 55 v. H. zuwenig gezahlt, mithin für die Monate April bis November einschließlich 8 mal 55 = 440 v. H., verteilt auf vier Monate je 110 v. H. Diejenigen Steuerpflichtigen dagegen, die nur 340 v. H. gezahlt haben, haben monatlich 110 v. H. zuwenig gezahlt, und müssen deshalb in den Monaten Dezember bis März je 220 v. H. nachzahlen. Der erhöhte Steuerzuschlag von 450 v. H. ab Dezember, zuzüglich der Nachzahlung für die rückliegende Zeit wirkt sich dahin aus, daß die Steuerpflichtigen mit einer bisherigen Zahlung von 395 v. H. von Dezember ab 165 v. H. Zuschlag mehr zu entrichten haben, während dieser Mehrzuschlag bei den Steuerpflichtigen mit bisher 340 v. H. sich auf 230 v. H. erhöht."

Wir haben bereits vor einigen Tagen auf die Auswirkung der Verordnung hingewiesen und insbesondere die Mieter aufgefordert, sofort den Kampf gegen die Mietenerhöhung zu organisieren.

Der Altmieterverband glaubt ebenfalls etwas tun zu müssen. Mit der großschreierischen Schlagzeile „Mieter, Alarm!" fordert er die Mieter von Breslau auf, in einer Versammlung am Dienstag, dem 4. November, in der „Wratislawia" zu erscheinen und Protest gegen die Mietenerhöhung zu erheben. Wir sind überzeugt, daß die Versammlung voll werden wird. Wir sind aber ebenfalls überzeugt, daß die Führer des Altmieterverbandes außer einer papiernen Resolution keine konkreten Kampfmaßnahmen vorschlagen werden. Die Leute Kotzam, Schmidt sind ebensowenig wie Stope und der sozialdemokratische Parteivorstand bereit, einen außerparlamentarischen Kampf der Mieter zu führen und zu organisieren.

Die Organisierung des Kampfes müssen die Mieter selbst in die Hand nehmen. Haltet Versammlungen ab in den einzelnen Häusern, in den einzelnen Wohnblocks, in den einzelnen Stadtteilen! Wählt in diesen Versammlungen Mieterausschüsse, nehmt in diese Ausschüsse Kollegen hinein, die gleich viel, ob es Sozialdemokraten, Kommunisten, anders Organisierte oder Unorganisierte sind, bereit sind, einen energischen Kampf gegen die Mietenerhöhung zu führen. Folgt dem Beispiel der Breslauer Siedlungsmieter, die Monate hindurch nicht die Miete gezahlt hatten, die von ihnen gefordert wurde, sondern die, die sie selbst für angebracht hielten. Der Kampf der Siedlungsmieter konnte nur geringe Teilerfolge aufweisen, weil die Spitzenführer Angst bekamen und den Kämpfenden in den Rücken fielen, und weil die Front der Neubaumieter zu schmal war. Die Front der Altmieter ist imstande mehr herauszuholen, als es die Neubaumieter imstande waren. Deshalb mobilisiert, organisiert!

Alle Metallarbeiter von Breslau

fordern wir auf, am heutigen Montag um 19 Uhr im „Zentralhallensaal" zu erscheinen. Es gilt Stellung zu dem Berliner Kampf zu nehmen.

Revolutionsfeier

am Freitag, dem 7. November im Schießwerder

Eintritt Erwerbslose 20 Pfg., Vollarbeiter 40 Pfg. (nicht 30 Pfg.). — Karten bei allen Funktionären zu haben.

Werktätige, besorgt euch rechtzeitig eine Karte!
Erscheint in Massen!

Mittelschlesien

Brieg

Weshalb wurden 48 erschossen?

Am Montag veranstaltet die Internationale Arbeiterhilfe eine große öffentliche Versammlung. Thema: „Warum wurden 48 Mann in Sowjetrußland erschossen?" Referent Genosse Robens.

Ohlau. Lehrkursus der Arbeitersamariter. Um jedermann Gelegenheit zu geben, das Helfen sachgemäß zu erlernen, veranstaltet die Kolonne Ohlau auch in diesem Winterhalbjahr einen Ausbildungskursus in der ersten Hilfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen, wo Gelegenheit gegeben ist, sich das Wissen anzueignen, dessen man bedarf, wenn man einem Verunglückten helfen will, ohne ihm dabei, wenn auch unbeabsichtigt, weiteren Schaden zuzufügen. Anmeldungen hierzu nehmen bis zum 9. November 1930 entgegen: der Vorsitzende der Kolonne, Paul Tiegel, Ohlau, Loebedestraße, sowie die Mitglieder der Kolonne.

Strehlen. Wie lange will er sein Treiben fortsetzen? Beim Krauthobeln schnitt sich der Arbeiter Hahnisch die Fingerspitzen weg, verlor viel Blut und wurde ohnmächtig. Die Frau des Verletzten forderte den Samariter Lorenz auf, Hilfe zu leisten. Als Lorenz den Hof betrat, forderte ihn der Hausbesitzer Keller auf, sofort den Hof zu verlassen. Für den Weigerungsfall drohte er dem Samariter den Spaten über den Kopf zu schlagen. Selbstverständlich ließ sich der Arbeitersamariter dadurch nicht abhalten, dem Verwundeten Hilfe zu leisten. Als er den Hof wieder verlassen wollte, wurde er von dem Besitzer Keller wieder bedroht. Gegen Keller ist Anzeige erstattet worden.

Domanze. Auch dem kleinen Geschäftsmann geht es an den Kragen. Vor einigen Tagen fand die Zwangsräumung des Geschäftslokals des Fahrrad- und Papierwarenhändlers Raschke statt. Die Räumung erfolgte, weil der Händler angeblich bis in die tiefe Nacht zuviel Lärm verursachte. Die Räumung begann zu Mittag. Da der Landjäger nicht benachrichtigt war, befand er sich außerhalb des Ortes. Der Amtsvorsteher Schönfeld fischte an der Weistritz (!). Der Gemeindevorsteher Hampel befand sich auf seinem Acker. Erst abends um 18.30 Uhr waren der Amts- und Gemeindevorsteher erschienen. Auf die Forderungen unseres Genossen Scheer aus Schweidnitz besorgten sie wohl einen gedeckten Raum zur Unterstellung der Sachen, doch die Sachen wurden erst am nächsten Tage nach einer erneuten Beschwerde untergebracht. Dadurch sind dem Exmittierten große Schäden entstanden. Wird die Gemeinde diese ersetzen?

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzteil (außer Oberschlesien): Ernst Wollweber, Breslau; für Oberschlesien: Fritz Jendrosch, Hindenburg. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau.

Verkauf von Möbeln

Hausrat, Nähmaschinen, Wanduhren (Regulatoren) und Betten (auf neu gereinigt) am **Mittwoch, dem 5. Nov. 1930,** in der Zeit von 9—18 Uhr, in der **großen Möbelhalle, Niedergasse 8/20.** Zur gleichen Zeit werden im Laden des städtischen Werkhauses, Niedergasse 8/10 instandgesetzte **Möbel, Kleidungs- und Wäschestücke, sowie Geschirr aus Nachlässen verkauft.** Der Verkauf ist öffentlich und zu festen Preisen und nur gegen sofortige Bezahlung.

Wohlfahrtsamt der Stadt Breslau

Festsetzung der Gemeindesteuerzuschläge für 1930 durch den Herrn Regierungspräsidenten.

Auf Grund des § 66 des Kommunalabgabengesetzes wird hiermit bekanntgemacht, daß der Herr Regierungspräsident, nachdem den Beschlüssen der städtischen Körperschaften vom 26./27. Juni 1930 über die Deckung des Steuerbedarfs die Genehmigung versagt worden ist, durch Verfügung vom 31. Oktober 1930 gemäß § 59 des Kommunalabgabengesetzes die in der Stadt Breslau im Rechnungsjahre 1930 zu erhebenden Realsteuerzuschläge wie folgt festgesetzt hat:

a) 450 Prozent zur Grundvermögensteuer,
b) 625 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Ertrage,
c) 1700 Prozent zur Gewerbesteuer nach dem Kapital,
zu b) und c) je 20 Prozent als Zweigstellensteuer.

Der erhöhte Gemeindezuschlag zur Grundvermögensteuer von 450 v. H. wird erstmalig im Dezember 1930 erhoben. Die Nachzahlungen, die sich aus der Erhöhung für die Monate April bis November 1930 einschließlich ergeben, müssen auf die vier Monate Dezember 1930 bis März 1931 gleichmäßig verteilt werden.

Die Steuerpflichtigen, die bisher 395 v. H. gezahlt haben, haben gleichzeitig mit der jeweils bis zum 15. der vier Monate fälligen Zahlung je 110 v. H., insgesamt also 450 + 110 = 560 v. H. des monatlichen Satzes der staatlichen Grundvermögensteuer zu zahlen. Für die Steuerpflichtigen dagegen, die bisher nur 340 v. H. gezahlt haben, erhöht sich die Nachzahlung entsprechend auf 220 v. H., so daß also 450 + 220 = 670 v. H. monatlich zu entrichten sind.

Für die Grundstücke, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, werden die Nachzahlungen mit der bis 15. Februar 1931 fällig werdenden Vierteljahresrate erhoben werden.

Die Nachzahlungen an Gewerbesteuer werden jeweils einen Monat nach Zustellung des jedem Steuerpflichtigen noch zugehenden Heranziehungsbescheides für 1930 fällig.

Breslau, 1. November 1930.

Der Magistrat.

Die RGI im Angriff!

Eine Broschüre, die das Referat und Schlußwort Losowskis, die Thesen und die Resolution enthält, 119 Seiten stark ist und nur 20 Pfennig kostet. Bestellt sofort bei der Bezirks-Litstelle und bei allen RGO.-Funktionären.

Oberschlesien

Das Antreibersystem und der Lohnabbau

Hindenburg. Die Antreiberei steigt auf dem Westfeld immer mehr. Auf Abteilung VI ist Steiger Wollny der Antreiber und Lohnabbaukommissar. Dieser Wollny schreit nur nach mehr Förderung, und auf den Bau achtet er nicht. Die Strecken und Pfeilerkammern gehen zum Bruch. Dieser Steiger bestellt kein Holz, denn er will mit Holz „sparen". Es kommen des öfteren Beschwerden von den Hauern, daß kein Holz vorhanden ist. Aber damit ist seine Arbeit für die Grubenkapitalisten noch nicht zu Ende. Dieser Steiger Wollny fängt jedoch an, die Löhne der Arbeiter abzubauen. Er schlägt dem Fahrsteiger niedrigeres Gedinge vor, und einigen Arbeitern hat er bereits fünf bis neun Pfennig pro Schicht Gedinge abgezogen. Auf der Abteilung V war der Steiger Groß in Vertretung. Auch dieser Kapitalsknecht benimmt sich gegenüber den Arbeitern sehr gemein, beschimpft sie mit allen möglichen Namen. Ja, er würde selbst nicht zurückschrecken, auf die Arbeiter mit der Keilhaue zu schlagen, wenn er nicht befürchten müßte, daß ihm dann etwas anderes passieren würde.

Auf der Abteilung VII spielt der Steiger Galonska den Antreiber. Dieser Galonska äußerte einigen Arbeitern gegenüber, „wem der Lohn nicht ausreicht, der soll sich einen Strick kaufen und erhängen".

Wir fordern die Steiger Groß und Galonska auf, diese Redensarten zu unterlassen, sonst können sie eines schönen Tages mit der Arbeiterfaust Bekanntschaft machen. Ihr Arbeiter von Westfeld, kämpft mit der RGO. für den Siebenstundentag, für Lohnaufbesserung und gegen die Antreiberei.

Der Magistrat von Oppeln kann auch manchmal großzügig sein

Unerhörter Wucher des Finanzkapitals

Die Tagesordnung der am 30. Oktober stattgefundenen Stadtverordnetensitzung zählte nicht weniger als 20 Punkte, und man setzte wegen der Reichhaltigkeit derselben einige Punkte, darunter die Festsetzung der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten, ab.

Bezeichnend für den Wucher des Finanzkapitals ist, daß die Stadt Oppeln bei einer Anleihe von 1 827 000 Mark allein 137 000 Mark Kursverlust hat, d. h. das Finanzkapital verdient bei dieser Anleihe glatt 137 000 Mark, ohne den Wucherzins, den sie außerdem verlangt. Wie es den Anschein hat, hat nicht nur das Finanzkapital ungeheuer verdient, sondern von den maßgebenden Stellen ist da allerhand verschlafen worden. Die Nazis, die immer von „Ausmisten" und gegen das Finanzkapital wettern, wenn es nichts kostet, stimmten für die Annahme und bewilligten somit den internationalen Finanzhyänen einen besonders fetten Happen. Nur die Kommunisten haben gegen diese Vorlage gestimmt.

Bei der Aufnahme eines Darlehens von 8000 Mark für den Kleingartenverein meckerten auch die Deutschnationalen daran herum, weil durch dieses Darlehen Arbeitern und kleinen Beamten, die in der Kolonie Oststadt ihre Gärten haben, kleine Vergünstigungen zugute kommen. Desgleichen reaktionär benahmen sich die Deutschnationalen, als es um die Vorlage betreffend Anstellung von sechs Versorgungsanwärtern als Stadtsekretäre ging. Von der Anstellung wollten die Deutschnationalen nichts wissen, obwohl die sechs Anwärter bereits am 1. Januar 1930 Anspruch auf Anstellung hatten. Das sollten sich die kleinen Beamten merken. Hätte es sich um die Anstellung eines Regierungsrates gehandelt, dann hätten die Deutschnationalen allen Druck dahintergesetzt. Aber so ein kleiner Versorgungsanwärter was ist der schon wert!

Die Oppelner Stadtväter können aber auch großzügig sein. Wird ein Arbeiter, der 40 Jahre bei der Stadt gearbeitet hat, pensioniert, dann erhält er 40—50 Mark Rente den Monat. Hier am Oppelner Theater ist der Intendant Steuer beschäftigt. Steuer wirkt am Oppelner Theater zum Teil als selbständiger Unternehmer, zum Teil als Angestellter in 18 Jahren, das heißt 18 Halbjahren, denn die Sommermonate war er nicht hier. Obwohl Steuer zurzeit noch beim hiesigen Theater mit 400 Mark Monatsgehalt bei der privaten Theatergesellschaft angestellt ist, lag der Sitzung eine Magistratsvorlage vor, die für Herrn Steuer eine monatliche Pension von 400 Mark vorsah. Man konnte sich nicht genug in Lobpreisungen ergehen, wie außerordentlich billig und sparsam Herr Steuer war. Wenn aber einem Arbeiter Körper und Knochen bis zum letztem ausgesaugt werden, ist das eine Selbstverständlichkeit. Nach mancherlei Reden bewilligten ihm die bürgerlichen Parteien, damit er mit Ruhe seinem Lebensabend entgegensehen kann, 200 Mark für den Monat. Wir als Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, wenn der Mann arbeitsunfähig ist, dann soll er genau so wie alle anderen Proleten durch das Wohlfahrtsamt betreut werden. Nach dieser „schweren" Arbeit begaben sich die Herren Spießbürger zum gemütlichen Bierabend.

Pfarrer Ogan in Neudorf macht Propaganda für den Kommunismus

Wiederum sehen wir uns veranlaßt, uns mit dem auch über Schlesien hinaus bereits „berühmt" gewordenen Pfarrer Ogan in Kgl. Neudorf näher zu beschäftigen. Herr Ogan ist in der letzten Zeit nicht bloß als wütender Hetzer gegen uns, sondern auch als Liebhaber einer Witwe (Gretel) sowie als Fleischesser am Freitag bekannt geworden. Jetzt hat er seinen Ruhmestaten eine neue hinzugefügt. Wie alljährlich, so unternahmen die katholischen Frauen und Mädchen der sogenannten Marianischen Kongregation auch in diesem Jahre eine Wallfahrt nach St. Annaberg OS. Ogan forderte die Teilnehmer auf, ihm fünf Mark zu bringen, damit er die Spesen decke. Doch die Frauen sammelten das Fahrgeld unter sich und gaben es nicht Ogan, sondern ihrer Vorsitzenden. Darüber war natürlich der Pfarrer sehr verärgert, und er verweigerte den Teilnehmern die Mitnahme eines Kreuzes. Außerdem begleitete er die Wallfahrer nicht. Also wurde die Wallfahrt ohne die Teilnahme des Ogan unternommen. Als die Wallfahrer jedoch heimkamen, war die ganze Gemeinde in großer Aufregung. Die Einwohner der Gemeinde Kgl. Neudorf sammelten sich, um die Wallfahrer abzuholen, jedoch Pfarrer Ogan dachte nicht daran, mit zur Bahn zu gehen. Ja, er verbot sogar, die Glocken der Kirche läuten zu lassen, und als die Wallfahrer die Kirche betraten, wollte er seinen sogenannten priesterlichen Segen nicht erteilen. Ja, man hörte sogar, daß er die Wallfahrer als „Polen" beschimpfte, vielleicht weil sie polnisch angezogen sind, wie es auf dem Lande in Oberschlesien so üblich ist. Aber mit diesem Haß auf die Polen hat es eine besondere Bewandtnis.

Unter den Wallfahrern befand sich nämlich einer, auf den es Ogan abgesehen hatte, und zwar aus folgendem Anlaß: Zwei Kirchenvorstandsmitglieder unterhielten sich miteinander in einem Gehöft. Ein Pole war gerade dabei, einen Wagen zurechtzumachen, um ins Heu zu fahren, als ein Junge kam und ihm das sogenannte Pfarrgemeindeblatt, welches von Ogan herausgegeben wird, zu überreichen. Der Mann sagte zu dem Jungen, er habe genug von den Sauzuständen, die Pfarrer Ogan in der Gemeinde eingeführt habe, es wäre vorteilhafter, wenn Pfarrer Ogan das Blatt selber lesen würde. Nun sprang plötzlich ein Hund, der los war oder sich erst losgerissen hatte, was man nicht genau weiß, auf den Jungen zu, wobei diesem die Käseblätter auf die Erde fielen und schmutzig wurden. Fest steht jedoch, daß der Mann den Jungen nicht geschlagen hat.

Ogan aber stellte die unwahre Behauptung auf, daß der Pole den Jungen geschlagen hat. Und nun haßt er ihn, was zwar nicht christlich ist, aber dem Ogan nichts ausmacht, weil der ja ein besonderes Christentum vertritt. Aber auch wenn es anders wäre, hätte Ogan noch lange kein Recht, diesen Mann als Polen zu bezeichnen und zu beschimpfen. Wir wissen, daß dieser Mann in der Zeit des Völkermordens drei Jahre lang in Dreck, Schlamm und Granatfeuer gelegen hatte, während Ogan in dieser Zeit nur auf seinen Magen bedacht war. Jetzt soll wahrscheinlich auf Betreiben Ogans dieser Mann auch keine Arbeit mehr erhalten.

Wir aber sagen Herrn Ogan, er soll nur weiter so „sein Christentum" vertreten, dann werden auch seine treuesten Gläubigen, falls er solche überhaupt noch hat, einsehen, daß sie nicht in die Kirche, sondern in die Kommunistische Partei gehören.

Hindenburg

Provokation eines Schupoleutnants

Am 29. Oktober war das Begräbnis der Verunglückten im Saargebiet. Im Radio wurde das Begräbnis veröffentlicht. Die Arbeiterschaft stellte sich vor das Radiogeschäft Skoberla und hörte zu, was sich im Saargebiet abspielt. **Plötzlich kam ein Leutnant von der Schupo und stellte den Apparat, ohne überhaupt mit dem Besitzer des Geschäfts ein Wort zu wechseln, ab.** Dieser Schupoleutnant ist identisch mit dem Leutnant, der bei dem Begräbnis unseres Genossen Kaufmann die Dankesrede verbieten wollte. Dieser Leutnant provozierte seinerzeit sogar die Begräbnisteilnehmer. Arbeiter von Hindenburg, merkt euch diesen „Helden".

Hindenburg, 2. November. Im Hüttenpark brach plötzlich ein Mann leblos zusammen. Man stellte fest, daß es sich um den 31jährigen Reisenden Heinrich Pajonk aus Gleiwitz handelt. Er hatte sich vergiftet.

Gleiwitz

Gleiwitz, 2. November. Sprengattentat in Oberschlesien. Am Wohnhaus des Landwirtes Schwiolla in Deutsch-Zerbnitz wurde von unbekannten Tätern eine Sprengladung zur Entzündung gebracht. Die Hausmauer und die Einrichtung eines Zimmers wurden stark beschädigt. Man nimmt an, daß es sich um einen Racheakt handelt.

Miechowitz

Und so etwas nennt sich Ordnungshüter

In der Nacht vom 27. zum 28. Oktober ereignete sich hier ein Vorfall, der noch von dem Polizeipräsidium näher aufgeklärt werden muß. Die beiden Polizeibeamten F. und J. nahmen sich heraus, dem Arbeiter Reimann auf der Hindenburgstraße die Fenster einzuschlagen. Als die Frau um Hilfe rief, ergriffen diese beiden „Helden" die Flucht, da sie erkannt worden waren. Zufällig aber kam eine Polizeipatrouille daher, und so war es möglich, die beiden flüchtigen „Helden" zu stellen. Wir fragen nun an, was das Polizeipräsidium zu tun gedenkt, um diesen Leuten beizubringen, was es bedeutet, wenn seine Beamten eine so merkwürdige Ansicht über ihre Dienstobliegenheiten bekunden.

Ziegenhals

Ziegenhalser Erwerbslose rüsten zum Kampf

Am 31. Oktober fand eine öffentliche Erwerbslosenversammlung in Ziegenhals statt. Es fand sich eine große Anzahl von Erwerbslosen, auch Ausgesteuerte waren anwesend, in der Turnhalle ein. Der Genosse Tunkel behandelte die Lage der Erwerbslosen, welche täglich schlechter wird, und zeigte auf, welcher Weg gegangen werden muß, um aus diesem Elend herauszukommen. Die Erwerbslosen erkannten den Ernst der jetzigen Zeit und gingen dazu über, sich einen Ausschuß zu bilden. Daraufhin wurde beschlossen, alle Erwerbslosen in der Interessengemeinschaft zu organisieren, um so erfolgreicher kämpfen zu können. Es wurden auch zwei Anträge behandelt, welche von dem kommunistischen Stadtverordneten Genossen Vogt gestellt wurden, um sie an die Stadtverordnetenversammlung weiterzuleiten. Die beiden Anträge fanden volle Zustimmung und die Erwerbslosen brachten zum Ausdruck, sich dahinterzusetzen. In den Anträgen wurde für die Erwerbslosen eine Winterbeihilfe gefordert. Der Antrag für die Ausgesteuerten und Ortsarmen verlangte eine Winterbeihilfe sowie Uebernahme der Mieten durch die Stadt. So verlief die Versammlung mit dem bewußten weiteren Ziel, zu neuem Kampf zu rüsten und alle Vorbereitungen zu treffen gegen die unerhörten Hungerungsmethoden der Reichsregierung und der Kommunalparlamente.

Die Erwerbslosen waren überzeugt, daß ihre Lage erst in einer Sowjetkommune eine menschenwürdige werden wird, wofür mit allen Mitteln zu kämpfen sie sich auch bereit erklärten.

Kreuzburg

Lehrer Elsner kann das Prügeln nicht lassen

Baulau. Ein Kleinbauer hiesiger Schulgemeinde sah, als seine Kinder schlafen gingen, daß der eine Sohn am Gesäß blau war. Der Vater fragte den Jungen, was er eigentlich gemacht habe. Der Junge antwortete, daß ihn der Lehrer verdroschen habe. Der Vater fragte nach der Ursache. „Ich habe einen Pums gelassen und dabei gelacht, deshalb bekam ich sieben mit dem Rohrstocke auf den Arsch, daß der blau und grün war." Das ist aber nicht das erstemal, daß Lehrer Elsner so rabiat gewesen ist, denn das kommt sehr o't bei ihm vor. Er entschuldigt sich immer, er kann selbst nicht dafür, weil seine Nerven zu schwach sind, wenn die Eltern sich beschweren. Wir als Kommunisten sagen es den Eltern, schließt euch zusammen und wehrt euch gegen diese Prügelpädagogen, und sorgt dafür, daß ihr einen anderen Lehrer bekommt, der gewillt ist, eure Kinder ohne Schläge zu erziehen.

Ausbeutung von Schulkindern

Baulau. Es scheint, als ob auf hiesigem Gute Mangel an Arbeitskräften besteht. Zur Kartoffelernte hat man auf dem Felde des hiesigen Gutes vom frühen Morgen bis zum späten Abend sehr viel Schulkinder beschäftigt. Trotzdem die Schulferien zu Ende sind, beschäftigt man die Kinder immer noch sogar vormittags. Es ist uns ein Rätsel, daß dies die Lehrer zulassen, aber es ist ja für einen Großgrundbesitzer, der „Not" leidet. Anders ist es, wenn ein kleiner Bauer oder Arbeiter mal sein Kind zu Hause läßt, weil es kein Schuhzeug hat, da wird gleich mit Strafe gedroht. Besonders auffallend ist es, daß es Parteigenossen des hiesigen Gutsinspektors im Dorfe gibt, die Arbeitslose oder Ausgesteuerte sind und im Gute, wo so ein großer Arbeitsmangel besteht, keine Arbeit bekommen. Aber der Gutsinspektor speist sie ab mit dem schönen Gruß: „Heil Hitler!" Er meint, er kann sie nicht beschäftigen, denn die kommen ihm zu teuer, und die Wirtschaft würde krachen gehen. So sieht die Nazipraxis aus.

Kreuzburg, 2. November. Riesen-Spritschiebungen aufgedeckt. In der Brennerei in Schmardt wurden diesige Spritschiebungen von noch unübersehbarem Umfange aufgedeckt. Drei Personen wurden verhaftet.

Oppeln

Einwohner des Hochwassergebietes Oppeln!

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion ruft für Montag, den 3. November, um 19,30 Uhr in das alte „Schützenhaus"

eine öffentliche Versammlung ein

mit dem Thema: **„Hochwasser — Hochwasserschäden — Hochwasserentschädigung.**

Alle Einwohner werden ersucht, dort zu erscheinen.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion.

Funktionärsitzung

Dienstag findet um 19,30 Uhr im „Schützenhaus" eine wichtige Funktionärsitzung der Gesamtpartei statt. Alles hat zu erscheinen.

Die UBL.

Oppeln, 2. November. Von der Jahrhundertbrücke stürzte sich ein unbekannter Mann in die Oder und verschwand sofort in den hochgehenden Fluten. Die Leiche des gänzlich Unbekannten konnte noch nicht geborgen werden.

Oppeln, 2. November. Vom Automaten erschlagen. In Lugnian wurde ein fünfjähriges Mädchen von einem umstürzenden Automaten erschlagen.

Rundfunk-Programm

Dienstag, 4. November.

12.35: Stellv. Kammerdirektor, Ober-Landw.-Rat Dr. Richter: Das landwirtschaftliche Vereinswesen in Niederschlesien.
15.35: Kinderstunde: Fröhliche Rätselstunde.
16.00: Das Buch des Tages. Amerika-Bücher.
16.15: Klavierkonzert auf Schallplatten.
17.15: Dr. Hans Leßheim: Materie und Leben: Stunde der Naturwissenschaften. Die Chemie des Mittelalters.
17.40: Willy Richter: Unfälle des täglichen Lebens.
18.10: Zahnarzt Dr. Guttmann: Die Zähne und ihre Bedeutung in kriminalistischer Beziehung.
13.35: Stunde der werktätigen Frau. Gertrud Hubel: Keine Angst vor Röntgenaufnahmen.
19.00: Abendmusik der Funkkapelle.
20.00: Pfarrer Wilhelm Schulz: Mehr Lebenskunst.
20.30: Das Hörspiel vom braven Kasperl und dem schönen Annerl. Von Wolfgang Hoffmann Harnisch.
21.30: Das deutsche Volkslied: Das Volkslied der Sudetendeutschen
22.30: Berlin: Chefredakteur Dr. Räuscher: Politische Zeitungsschau
22.35: Funktechnischer Briefkasten.
23.15: Mitteilungen des Verbandes Schlesischer Rundfunkhörer.

Mittwoch, 5. November.

15.35: Gleiwitz: Dr. E. Eckelmann: Gärung und Gärungserreger im Haushalt.
16.00: Gleiwitz: Grubenfteiger Hans Peiser: Kohlensäureausbrüche und ihre Bekämpfung.
16.15: Gleiwitz: Lieder von Richard Wetz.
16.45: Gleiwitz: Das Buch des Tages: Jack London.
17.00: Gleiwitz: Unterhaltungskonzert der Kapelle Alfred Hinz.
17.35: Breslau: Jugendstunde. Hanne Hänel, Dr. Fritz Wenzel: Eindrücke von einem internationalen Jugendlager.
18.05: Gleiwitz: Luftige Gedanken. Plauderei über das Fliegen von Karl Olonsky.
18.25: Gleiwitz: Dipl.-Ing. Paul Walter: Eisenbeton oder Stahl im Hochbau.
18.50: Kreuz und quer durch O.-S. Momentbilder. Paul Kania
19.00: Breslau: Dr. Edm. Nick: Die Schallplatte des Monats.
20.00: Gleiwitz: Direktor v. Arnim. Sepp Cyrus: Flugsport und Verkehrsfliegerei.
20.30: Breslau: Zu Unterhaltung und Tanz. Funkkapelle.
22.30: Richard Buchwald: Erinnerungen eines Fahrgastes.
22.50: Funktechnischer Briefkasten.

Donnerstag, 6. November.

9.05: Gleiwitz: Schulfunk: Das Leben und Treiben der Saatkrähe
12.35: Oberlandwirtschaftsrat Teichlefs: Kosten und Abgaben bei der Veräußerung ländlicher Grundstücke.
15.35: Kinderstunde: Von Schlaumeiern.
16.00: Musikalische Kleinigkeiten auf Schallplatten.
16.30: Berlin: Violine und Klavier. Willy Kren (Violine), Max Zweig (Klavier).
17.00: Berlin: Oesterreichische und Schweizer Volkslieder.
17.30: Das Buch des Tages: Kommunisten.
17.50: Prof. Dr. Landsberger: Die Schlesischen Monatshefte im November.
18.10: Elsa Kolchate: Schatzgräber in der Lumpenkiste.
18.35: Rechtsanwalt Dr. Zwirner: Wichtige Neuerungen für Aufwertungsgläubiger und Schuldner.
19.00: Abendmusik der Funkkapelle.
20.00: Stunde der Arbeit. Paul Gaertner: Was der Betriebsrat vom Handelsrecht wissen muß.
20.30: Die Musik der Operette „Olly-Polly". Von Walter Goetze.
21.15: Dr. Roman Reitze: Blick in die Zeit.
21.40: Vierte Symphonie E-moll Op. 98 von Brahms.
22.45: Unterhaltungs- und Tanzmusik der Funkkapelle.

In einer Pause: Ewald Fröhlich: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende". Der Winter kommt! — Wie unangenehm!

„Kampfprogramm" der Streikbrecherinternationale

Die Helden des 18. Oktober, die Verräter der Berliner Metallarbeiter „rufen zum Kampf" — Jedes Wort eine niederträchtige Lüge

Am 27. und 28. Oktober tagte in Köln die gemeinsame Kommission des IGB. und der II. Internationale. Die Kommission beschloß ein „Kampfprogramm zur Linderung der Arbeitslosigkeit", dessen verlogenen Inhalt wir weiter unten behandeln. Ferner wurden Kommissionen gewählt, die über ein „Arbeitsprogramm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise" beraten und Anfang Dezember der Vollkommission Bericht erstatten sollen.

Nach Abschluß dieser Kommissionstagung fand eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des IGB. und der II. Internationale statt, die sich mit dem internationalen Vorstoß des Faschismus befaßte und die „Aktionsmöglichkeiten" (!) zur Abwehr der faschistischen Gefahr erörterte. Zur Illustration des antifaschistischen Kampfwillens der Internationale der Sozialfaschisten wurde am Schluß der Sitzung eine „Protestentschließung gegen die Massenhinrichtungen in Sowjetrußland", d. h. eine Sympathieerklärung für die weißgardistischen Banditen und Saboteure des sozialistischen Aufbaus, die Agenten des Faschismus, angenommen.

Das von der Kölner Konferenz beschlossene „Kampfprogramm zur Linderung der Arbeitslosigkeit", das gestern vom „Vorwärts" veröffentlicht wird, ist ein klassisches Dokument verlogener sozialfaschistischer Demagogie. Von der ersten bis zur letzten Zeile atmet es den „Geist" gewissenlosen Arbeiterbetrugs. Jedes Wort dieses scheinheiligen „Kampfprogramms" wird durch die politischen Taten der Herren von der Amsterdamer und Züricher Internationale aus den letzten Tagen und Wochen vernichtend widerlegt.

„Zynisch schlagen die Unternehmer" — so heißt es in diesem Schandaufruf — „eine Herabsetzung der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung vor . . . Gegen diese Angriffe des Unternehmertums muß die Arbeiterschaft in allen Ländern durch die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien den Abwehrkampf mit aller Kraft führen." Diese heuchlerische Tirade wird durch die Ereignisse der letzten Tage als eine erbärmliche Lüge entlarvt.

„Abwehrkampf mit aller Kraft" — das wagen die Herrschaften zu erklären in demselben Augenblick, wo sie den heroischen Kampf der Berliner Metallarbeiter mit einem beispiellosen Verrat erdolchen.

Kampf um „hinreichende Sicherung der Lebensmöglichkeiten der Arbeitslosen" und um „die Versorgung der Kriegsopfer" — mit dieser betrügerischen Losung wagen diese Leute der Arbeiterschaft vor die Augen zu treten, nachdem sie in Deutschland durch die Annahme der Notverordnungen und durch die vorbehaltlose Unterstützung der Brüning-Diktatur den Erwerbslosen das elende Stück Brot vom Munde gerissen und einem brutalen Hungerfeldzuge gegen die breiten Massen Tür und Tor geöffnet haben.

„Bekämpfung des Faschismus und der Diktatur", mit dieser Lüge gehen die Helden des 18. Oktober, die Schildträger der Brüning-Diktatur, die Wegbereiter und Spießgesellen des Faschismus, die infamsten Henker und Verräter der Arbeiterklasse, hausieren in demselben Augenblick, wo sie durch ihre Severings und Grzesinskis offiziell die Rolle bezahlter Schergen des Faschismus übernehmen.

„Abwehr jeder Senkung des Reallohns (!)", „Erhöhung der Massenkaufkraft durch Preissenkung", „Verkürzung der Arbeitszeit" (natürlich ohne Lohnausgleich!) — hinter jeder dieser Parolen lauert der nackte Verrat!

Die Galgen sind aufgerichtet

Rettet die indochinesischen Rebellen

Paris, 1. November. Wie die „Humanité" aus Hanoi erfährt, sind in Phu Tho alle Vorbereitungen für die Hinrichtung von zwölf annamitischen Revolutionären getroffen worden, die im vergangenen Juni von dem Sondergericht verurteilt wurden.

In den letzten Tagen haben bereits 17 Hinrichtungen stattgefunden.

Dutzenden von zum Tode verurteilten Revolutionären droht die Hinrichtung. „Nur eine stürmische Protestwelle des internationalen Proletariatse — schreibt die „Humanité" — kann die Verurteilten vor dem Tode retten!"

Lappo-Heeresetat

Helsingfors, 1. November. Im Staatsvoranschlag für 1931 sind für die „Landesverteidigung" (lies: Kriegsrüstungen gegen die benachbarte Sowjetunion) 10 0Millionen FM. vorgesehen. Davon entfallen 56 Millionen auf das Landheer, 15 Millionen auf die Flotte und 29 Millionen sind für die Luftstreitkräfte vorgesehen.

Hitler für französische Aufrüstung

„Frankreich kann keinen Mann und keine Kanone abrüsten!" — Antibolschewistische Brüderschaft des faschistischen Volksverräters mit Rechberg

Wir haben vor Tagen über Hitlers Diskussion mit dem französischen berüchtigten Kriegshetzer Gustave Hervé berichtet und dabei Hitlers billiges und williges Lakaientum für das Auslandskapital angeprangert. Der Mittelsmann bei den unterwürfigen Telegrammwechseln Hitlers mit Hervé ist Arnold Rechberg, früher der Geldgeber und antibolschewistische Berater des Jungdeutschen Ordens, damals von den Nazis beschimpft. Dieser Rechberg, eine der übelsten Erscheinungen der deutschen Politik, spielt eine politische Rolle nur, weil er ein vielfacher Kalimillionär ist.

Rechberg, den früher die Nazis oft als Franzosenknecht bezeichneten, schickte mit dem Datum des 26. Oktober ein neues Telegramm an Adolf Hitler, das ohne jedes Kommentar an der Spitze des „Völkischen Beobachters" abgedruckt wird. In ihm heißt es:

„Ich habe Gustav Hervé telegraphisch mitgeteilt, ich sei im Gegensatz zu Ihnen der Ansicht, daß Frankreich keinen Mann und keine Kanone abrüsten könne, weil der Bolschewismus mit steigendem Ergebnis die eingeborenen Völker Asiens und Afrikas gegen die Europäer aufwiegelt und Frankreich und Deutschland beide bedroht."

Für dieses Angebot der Aufrüstung des „Erbfeindes" stellt Herr Hitler Papier und Druck in seinem „Völkischen Beobachter". Das schmutzige Angebot, die Aufrüstung des waffenstarrenden und waffenklirrenden Frankreichs gegen den revolutionären Freiheitskampf auf dem ganzen Erdball zu unterstützen, **nimmt Herr Hitler beifällig entgegen.**

So wie ein Landsknecht der internationalen Hochfinanz, der imperialistischen Blutsauger, es eben tut!

Die Kommunistische Internationale hat auf einer Konferenz in Elsaß-Lothringen, an der die Delegationen der Kommunistischen Partei Deutschlands und Frankreichs teilnahmen, **in einem Manifest für die nationale und soziale Befreiung Elsaß-Lothringens** erst in diesen Tagen das Gelöbnis des gemeinsamen revolutionären Kampfes gegen den französischen und deutschen Imperialismus, für das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht Elsaß-Lothringens, für das Recht der Loslösung vom französischen Staate, erneuert.

Hitler, dieser Bettler an den Türen aller Young-Regierungen, aber liegt auf den Knien vor den imperialistischen Unterdrückern Elsaß-Lothringens! Seine Vertreter im Auswärtigen Ausschuß enthalten sich beim kommunistischen Antrag auf Einstellung der Young-Zahlungen der Stimme!

Mit diesem faschistischen Volksverrat werden die betrogenen Anhänger der Nazipartei aufs schärfste abrechnen.

Neue belgische Rüstungen

Brüssel, 1. November. Wie „Le Soir" meldet, hat das Kriegsministerium bei einer belgischen Firma die für die Infanterie- und Artilleriekampftruppen erforderlichen automatischen Gewehre bestellt. Die Lieferung soll noch in diesem Jahre durchgeführt werden. Den Blättern zufolge ist für diese Gewehre der Browning-Typ gewählt worden.

„Le Soir" beschäftigt sich sodann mit dem Programm der Grenzverteidigung und erklärt dazu: Das im Jahre 1927 ausgearbeitete und von der Regierung gebilligte Programm wird fortgeführt werden. Die umgebauten Festungen Lüttich, Namur und Antwerpen werden beibehalten. Der Brückenkopf Lüttich ist in der Fertigstellung begriffen. Im Jahre 1931 werden fünf Forts der Festung Namur modernisiert werden. Jedoch sind noch Erörterungen darüber im Gange, ob an den „Militärgrenzen" Defensivorganisationen für die Deckungstruppen errichtet werden sollen. Bezüglich der Luftschiffabwehrartillerie sind die kürzlich mit einem belgischen Geschütz angestellten Versuche befriedigend ausgefallen. Die Regierung hat sich neuerdings mit den Vorschlägen des Generalstabes einverstanden erklärt, daß der Bodenorganisation zur Abwehr von Flugzeugen die gebührende Bedeutung beigemessen werden müsse.

Erdbeben in Dänemark und Südschweden

Kopenhagen, 1. November. In der Nacht zum Sonnabend verspürte man in verschiedenen Teilen Kopenhagens heftige Erdstöße. In den Vorstädten wurde die Bevölkerung unruhig und stürzte aus den Häusern.

Nach einer Meldung aus Stettin sind die Erdstöße auch auf der Insel Rügen verspürt worden. So wurden kurz nach Mitternacht in Puttbus und Umgebung deutlich bemerkbare Erderschütterungen wahrgenommen.

Auch auf der schwedischen Seite des Sundes hat man, wie aus Malmö gemeldet wird, sechs bis sieben Sekunden lang die Erdstöße wahrgenommen. Das Erdbebenzentrum hat sich nach den Messungen des Observatoriums Lund nur wenige Meilen von Lund entfernt befunden.

Streikzusammenstoß in Japan

Tokio, 1. November. In Kameido kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen streikenden Arbeitern einer Seidenspinnerei und der Polizei. Die Polizisten suchten eine Demonstration, an der 2000 streikende Arbeiter der Seidenspinnerei und einige hundert Arbeiter der Stahlgießerei Oschima unter dem Gesang proletarischer Lieder teilnahmen, zu zerstreuen. Wie verlautet, wurden 12 Polizisten, 50 Streikende und viele Passanten verletzt. Erst um Mitternacht endete der Kampf. 150 Demonstranten wurden verhaftet.

(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

19. Fortsetzung.

Schläge. Die wandgrauen Gesichter bluteten. Die Geschlagenen schrien, bettelten. „Jetzt schreit ihr! Wart doch sonst so schneidig!" — Wieder Schläge.

Aus einem Kellerloch kriecht ein Verwundeter, verdreht in Todesangst die Augen. „Leute! — Laßt mich!"

„Raus, du Hund!" Wut packte die fremden Arbeiter, die schon an den Kämpfen in Dortmund teilgenommen hatten. „Raus!" Der Grüne taumelte empor. Ein Gewehrhieb sauste herunter. Der Grüne stürzte zu Boden, schrie.

Zwei Arbeiter aus dem Ort wehrten weitere Schläge ab und schleppten den Halbtoten fort. Noch einmal kam der Grüne in Gefahr. An der Wirtschaft Schiemann standen ein paar koppelige Burschen, die Augen fiebrig tief in den Höhlen. Sie kauten trockenes Brot.

„Wo wollt ihr mit ihm hin?" fragte der eine und packte sein Gewehr mit beiden Händen. Im furchtbaren Schwung schlug es herunter. Der eine Kumpel hatte den Gefangenen zurückgerissen. Das Gewehr zersprang auf dem Bürgersteig in Splitter.

Die beiden Kumpels rissen den Verwundeten mit sich. Sie führten ihn auf dem nächsten Wege zur Polizeiwache, die sie vor wenigen Minuten besetzt hatten. Als sie auf die Wache kamen, standen die Blauen da.

„Los, die Knarren abgeben!" Die Blauen kapitulierten bereitwillig ab. Es waren vier Mann. „Was sollen wir jetzt?" fragte der eine der Blauen bedrückt.

„Haut ab!" Die Blauen hatten etwas anderes erwartet. Sie warteten nicht länger, sondern verschwanden sofort. In der Nähe des Rathauses lag ein toter Grüner, mit dem Gesicht in einer Blutlache. Die Besatzung aus dem Rathaus war geflüchtet. Auch das Rathaus war voller Einschlaglöcher, die Fenster zertrümmert. Um das Rathaus herum schlichen bewaffnete Arbeiter und schossen nach den Schulen hinüber, wo noch ein Teil der Grünen saß. Dann gingen sie zum Sturm vor. Mit erhobenen Händen und verzerrten Gesichtern kamen die Gefangenen hervor.

Auf der Wache mehrten sich die Gefangenen. Sie hockten in einem Extraraum und stierten mit dumpfen Gesichtern vor sich hin. Man sagte ihnen, sie würden erschossen werden. Anfangs gab es verzweifelte Klagen und Ausbrüche. Dann versank einer nach dem andern in schläfernden Stumpfsinn. Vor der Tür im Hausflur stand ein bewaffneter schmächtiger Bergarbeiter Posten. Sein eckiges Gesicht mit dem struppigen Schnurrbart glänzte vor Stolz. Und jedem, der im Flur vorbeikam, erzählte er begeistert: „Hier sitzen die Grünen drin! Die sind klein geworden, sie fressen aus der Hand!"

Schenke, der alte Metaller, und noch andere USPD.-Leute, die sich unten im Orte herumgetrieben hatten, kamen auf die Wache. Die erste Frage war nach den Blauen. „Die sind abgehauen", wurde ihnen geantwortet.

„Dummheit" — sagte Schenke —, „ihr hättet sie einsperren sollen!"

„Die waren nicht mehr gefährlich!"

„Aber sie haben in der Nacht die Genossen verhaftet!"

„Dat stimmt!" — Die Kumpels hatten in ihrer Freude, die Wache so leichten Kaufs erobert zu haben, den Vorfall mit der Verhaftung vergessen. Man überlegte, ob man die Blauen aus den Wohnungen holen sollte. Es war nicht so leicht, denn im Ort nahm das Feuer zu. — — —

Der Kampf ging noch erbitterter los. Besonders gegen die Mannschaft am Sportplatz wurde Vorstoß auf Vorstoß unternommen. Die Maschinengewehre der Grünen waren in rasender Arbeit. Aber auch die der Arbeiter. Dazu krachten die Handgranaten. Von Haus zu Haus tobten Angriff und Abwehr.

Rentel hatte in der Nähe der Schankwirtschaft Reckmann einen Führer der Grünen getroffen. Als dieser sich aus dem Schutz der Häuser herauswagte, hatte Rentel, gut vorbereitet, angelegt und geschossen. Der Grüne griff mit beiden Händen nach dem Bauch und klappte zusammen.

Der Flapsige, der ebenfalls am Bahndamm lag, nahm sich die auf dem Sportplatz aufs Korn. Dort lugten die Mützen der Grünen, die ringsum in den kleinen Gärten und hinter Erdaufwürfen in Stellung lagen. Auf diese Mützen schoß er voll Haß. Er paßte gut auf und zielte oft minutenlang, bis der Schuß sicher war. Einige der Mützen waren schon verschwunden. Unheimlich nahe an ihren Rändern vorbei pfiffen die Kugeln.

Ein Grüner schien verrückt geworden zu sein. In voller Höhe richtete er sich auf und schoß stehend nach dem dazwischenliegenden Acker hinüber. Dort sprangen drei Arbeiter, die zum Bahndamm hin wollten. Aber auch von der Essener Straße schossen die Grünen wie rasend hinter den Arbeitern her. Einer davon schlug zwischen die Schollen und stand nicht mehr auf. Der Grüne am Sportplatz knallte noch immer stehend auf die zwei Arbeiter, die nun über den Acker krochen.

„Gottverflucht!" knirschte der Flapsige, der in der Wut einige Male vorbeigeschossen hatte, und zielte. Er zwang sich gewaltsam, ruhiger zu schießen. Dann drückte er ab. Der Grüne ließ das Gewehr fallen, blieb sekundenlang wie ein Pfahl stehen und schlug dann der Länge nach hin. Er rollte den kleinen Abhang herunter und regte sich nicht mehr. Mitten in die Stirn war die Kugel eingedrungen. Die anderen Grünen wurden unruhig und schossen nur noch schwach hinüber. Auch von der Feldstraße her hatte sich das Gewehrfeuer verdoppelt. Da waren die Katernberger zur Verstärkung gekommen. Die Kumpels aus den Zollvereinsschächten. Die Metaller aus der Katernberger Hütte. Selbst Straßenbahner in ihrer Dienstuniform waren darunter. — — —

Die Sonne fiel hinter die westlich aufsteigenden Steinhalden der Zechen. Die Luft wurde rauh und frostig.

Fritz Raup und August Bramm standen noch immer nebeneinander und spähten nach der Essener Straße hin oder knallten hinüber. Sie führten währenddem abgerissene Gespräche. „Wie eine Furie war sie", erzählte Bramm den Vorfall mit seiner Frau. „Es kam bei ihr so überraschend wie bei mir! Es ist nicht leicht, Fritz, eine vorgefaßte Meinung so zu wechseln wie ein Hemd! Ob wir auch richtig handeln?"

Fortsetzung folgt.

Waldenburger Bergland

Diktatursteuern werden eingeführt

Hilfsbedürftigen-Anträge abgelehnt — Alles mit Hilfe der Sozialdemokratie

Die Politik der Brüning-Regierung und die Judasrolle der SPD. öffnen immer weiteren Kreisen die Augen. Noch in der letzten Sitzung des Stadtparlaments Waldenburg hatten die Zuhörer Gelegenheit, die Vertreter dieser Parteien am Werke zu sehen. Die Folge war, daß einige SPD.-Wähler ihren Vertretern zuriefen:

„Solche Lumpen habe ich gewählt. Ich werde nicht noch einmal SPD. wählen."

Die Tagesordnung umfaßte 15 Punkte. Davon waren nur fünf von besonderer Bedeutung für die arbeitende Bevölkerung. Ein Antrag des Magistrats verlangte die Erhöhung der Preise für Vereinsschwimmstunden von 4,25 auf 8,50 Mark. Unsere Fraktion wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Erhöhung. Gegen unsere Stimmen wurde dann eine Erhöhung auf 6,50 Mark beschlossen. Für den Bau eines Polizeipräsidiums hatte man sofort Geld zur Verfügung. Dieses soll auf der Tichauer Wiese errichtet werden. Die Kosten zahlt der preußische Staat. Doch auch die Steuerzahler werden geschröpft. Es müssen nämlich vier Straßen angelegt werden, die 255 000 Mark erfordern, davon muß die Stadt 100 000 Mark aufbringen. Im Namen unserer Fraktion sprach der Genosse Malzer, der die Bewilligung ablehnte. Die Mittel wurden gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen. Gegen die

Erhöhung der Biersteuer um 100 Prozent und gegen die Einführung der Getränke- und Bürgersteuer

polemisierte Malzer mit aller Energie. Er stellte fest, daß die Sozialdemokratie vor den Wahlen einen heftigen Scheinkampf gegen die Notverordnung Brünings führte. Später jedoch war es dieselbe Sozialdemokratie, die die Brüning-Regierung bereitet hatte. In Preußen sind es die sozialdemokratischen Minister, die die Gemeinden zwingen, diese Steuern einzuführen. Unsere Fraktion stellte folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, daß die sogenannte Diktatursteuer eine weitere ungeheure Ausplünderung der notleidenden Bevölkerungsschichten bedeutet. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Erhebung dieser Steuern ab und fordert die Einwohner von Waldenburg auf, falls diese Steuer trotzdem eingeführt werden sollte, die Zahlung derselben zu verweigern. Von der Reichsregierung wird verlangt: 1. Uebernahme sämtlicher Ausgaben für ausgesteuerte Erwerbslose auf das Reich. 2. Ueberweisung der im Jahre 1927 einbehaltenen 15 Prozent aus der Einkommensteuer und Körperschaftssteuer. 3. Volle Ueberweisung der Hauszinssteuer — solange sie noch erhoben wird — an die Gemeinden zum Bau von Arbeiterwohnungen."

Die Entschließung wurde gegen vier Stimmen abgelehnt. Damit ist die Rolle der Sozialdemokratie auch im Waldenburger Stadtparlament eindeutig: Steigbügelhalter der Reaktion! Die Bürgerlichen wollten alle drei Steuern sofort beschließen, das wurde jedoch mit Mehrheit abgelehnt. Da die Sozialdemokratie den Massensturm fürchtete, war sie nur für die Bier- und Getränkesteuer zu haben. Die Negersteuer soll dann ab 1. April folgen — **vorausgesetzt, daß es Severing erlaubt.** Wir sind jedoch überzeugt, daß Severing mit der Einführung der Negersteuer in Waldenburg nicht bis zum 1. April des nächsten Jahres warten wird, sondern sie schon viel früher anordnen wird.

(Bemerkung: Infolge des allgemeinen Durcheinanders bei der Abstimmung unterlief unseren Genossen insofern ein Irrtum, als sie sich erhoben in der Annahme, daß die Frage nach der Ablehnung gestellt war. Auf die Feststellung des Vorstehers, daß die Abstimmung für die Vorlage erfolgte, gaben unsere Genossen die Erklärung ab, daß sie selbstverständlich dagegen stimmen und für ihren eigenen Antrag.)

Der Magistrat forderte die Ergänzung des Wohlfahrtsetats um 165 000 Mark und weitere 15 000 Mark für Winterversorgung der Bedürftigen. Davon sollen gewährt werden: zwei Zentner Kartoffeln für Alleinstehende, zwei Zentner für die Frau und ein Zentner pro Kind. Kohlenscheine für 1,50 Mark pro Monat und ein Kasten Holz. Im Namen der kommunistischen Fraktion wies der Genosse Franz darauf hin, daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen von 200 auf 600 gestiegen ist und auch die Lage der übrigen Unterstützungsempfänger verzweifelt ist. Hier muß, und zwar sofort, geholfen werden. Die kommunistische Fraktion beantragte deshalb:

1. Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe für alle Erwerbslosen, Rentner und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, soweit deren Unterstützungen die Richtsätze der gehobenen Fürsorge nicht überschreiten: für die Hauptunterstützungsempfänger 20 Mark und je 5 Mark für jeden weiteren Zuschlagsberechtigten.

2. Gewährung von Winterkartoffeln für alle, deren Einkommen die Minderbemitteltengrenze nicht überschreitet. Und zwar: zwei Zentner für alleinstehende Personen und je ein Zentner für jedes Familienmitglied.

3. Gewährung von Freikohlen an alle, deren Einkommen die Richtsätze der gehobenen Fürsorge nicht überschreiten, pro Monat drei Zentner Kohle und ein Kasten Holz.

4. Gewährung von Lebensmitteln und Milchkarten für alle, deren Einkommen die Richtsätze der gehobenen Fürsorge nicht überschreiten, und zwar für Kinder bis zu zwei Jahren ein Liter, von zwei bis sechs Jahren einen halben Liter, alle von der Lungenfürsorge erfaßten Bedürftigen einen Liter täglich. Lebensmittelscheine pro Woche: Alleinstehende 1 Mark, Verheiratete 1,50 Mark, für jedes Kind 50 Pfg.

5. Badekarten für alle, deren Einkommen unter den Richtsätzen der gehobenen Fürsorge stehen.

Die hier erhobenen Forderungen sind das Mindeste, was gewährt werden muß. Ihre Erfüllung ist auch im Rahmen des Haushaltsplanes möglich. Bei der Etatsberatung hatte die kommunistische Fraktion mehrere Anträge gestellt, die, falls sie angenommen worden wären, eine ausreichende Deckung darstellen würden. Für die Polizei wird z. B. eine Viertelmillion hinausgeschmissen, davon gehen an die Regierung 150 000 Mark. Für das „Vierhäuser"-Hotel werden alljährlich 90 000 Mark herausgeworfen. Große Summen kann man an den hohen Gehältern und Pensionen sparen.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion wurde mit allen Stimmen gegen die Stimmen unserer Fraktion abgelehnt, was eine ungeheure Erregung unter den Tribünenbesuchern auslöste.

Die Magistratsvorlage wurde daraufhin einstimmig angenommen.

Einen Kommentar zu den Verhandlungen des Stadtparlaments braucht man nicht zu schreiben. Jeder begreift: Die Werktätigen sollen bis aufs Hemd ausgeplündert werden — mit Hilfe der sich erhaltenden Sozialdemokratie.

Metallarbeiter in Niesky, Görlitz und Freiburg solidarisch mit den Berlinern

Am 28., 29. und 30. Oktober fanden in genannten Industrieorten von der RGO. einberufene Metallarbeiterversammlungen statt, in denen Reichstagsabgeordneter Becker als Referent zu dem Streik der Berliner Metallarbeiter Stellung nahm.

Der Besuch war überall trotz schlechtestem Wetter gut, und einmütig war die Meinung der Kollegen, die Berliner Kollegen nach Kräften zu unterstützen. Anschließende Tellersammlungen brachten relativ gute Erfolge. Ueberall wurden zahlreiche Neuaufnahmen für die RGO. gemacht. In Niesky versuchte ein sozialdemokratischer Funktionäre die SPD. zu verteidigen, mußte sich aber Hohngelächter und größte Entrüstung einstecken.

Ueberall wurden Solidaritätsentschließungen an die Zentralstreikleitung der RGO. Berlin gesandt!

Metallarbeiter Schlesiens! Die beste Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter ist neben materieller die Auslösung von Kämpfen auch in den Metallbetrieben Schlesiens und Niederschlesiens! Nach Berlin kommt Schlesien mit dem Lohnabbau dran! Die DMV.-Bürokratie predigt in Schlesien Ruhe und Besonnenheit! Macht ihr einen Strich durch die Rechnung! Macht auch hier sofort die Betriebe streikfertig!

Oberes Revier

SPD. gegen Hilfe für Hilfsbedürftige

In der ersten Sitzung des neu gewählten Stadtparlaments Friedland wurde der Vorstand von den Bürgerlichen besetzt. Die Kommunisten forderten, die gekürzten Sozial- und Kleinrenten wieder heraufzusetzen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte geschlossen mit den Bürgerlichen dagegen. Die Sozialdemokraten schlugen vor, 300 Zentner Kartoffeln an die Erwerbslosen zu einem „angemessenen" Preis abzugeben. Da den Hilfsbedürftigen damit nicht viel geholfen wäre, forderten unsere Genossen die kostenlose Verteilung der Kartoffeln. Diesem Antrage wurde stattgegeben. Die Tatsache, daß die Sozialdemokraten einen Antrag zugunsten der Erwerbslosen eingereicht, ihn aber schnell zurückgezogen hatten, wurde schamhaft verschwiegen.

Freiburg

Klassenjustiz am Werk

Fünf Arbeiter waren wegen „groben Unfugs" angeklagt. Dieser bestand darin, daß sie einen Stahlhelmer namens Stober, der die Erwerbslosen als „Hungerleider" bezeichnete und einem Arbeiter Ohrfeigen anbot, zur Rede gestellt hatten. Als Zeuge gegen die Arbeiter trat der Polizeibeamte Müller auf. Der Staatsanwalt beantragte 30 Mark Geldstrafe. Das Gericht verurteilte vier Arbeiter zu je neun Mark Strafe und außerdem wegen „Beleidigung" des Beamten Müller in einem Falle zu 15 Mark Strafe. Ein Arbeiter wurde freigesprochen. Von dem Klassengericht haben wir einen Freispruch nicht erwartet, da es selbstverständlich das Mitglied des Stahlhelms und den Polizeibeamten schützen mußte.

Striegau

Die „Striegauer Volkszeitung", genannt Lügentante, speit über unseren Artikel Gift und Galle. Ihr zu antworten, verlohnt sich nicht. Die Behauptungen unseres Artikels entsprechen voll und ganz den Tatsachen.

Landeshut

Stadtverordnetenversammlung unter polizeilicher Bewachung

Die von der Mittelstandspartei unter Assistenz der Nazis durchgesetzte Beschränkung der Oeffentlichkeit der Stadtverordnetensitzungen treibt immer schlimmere Blüten. Polizeibeamte, die gewiß Besseres zu tun hätten, oder denen eine geregelte Dienstzeit sicher nicht unangenehm wäre, werden zu Türhütern degradiert. Auch die letzte Stadtverordnetensitzung zeigte wieder so recht den Charakter der Bürgerlichen und ihres mittelständlerischen Anhanges, der Pilz und Konsorten. Gegen den Antrag des Genossen Schwerdtner, anläßlich der Vorstellung der drei zur engeren Wahl stehenden Bürgermeisterbewerber die volle Oeffentlichkeit herzustellen, stimmte die gesamte Rechte (einschließlich der von Arbeiterkundschaft lebenden Fleischermeister Rottke und Rudolf Krause sowie Kaufmann Tschirner, Am Markt).

Arbeiter! Merkt euch dieses Verhalten. Die Ausführungen der drei Kandidaten können die Arbeiterschaft nicht täuschen, sind sie doch nur Vertreter des herrschenden kapitalistischen Systems, welches für die breite Masse nichts übrig hat.

Niederschlesien

Reichswehr als Lohndrücker im Hochwassergebiet!

Sozialdemokratischer Landrat Gauglitz die treibende Kraft!

Bekanntlich hat das Hochwasser den größten Schaden angerichtet. Der Landrat Gauglitz sowie der Regierungspräsident Dr. Poeschel-Liegnitz besichtigten nun dieser Tage den Delchsa-Dammbruch in Petersdorf bei Haynau. Hierbei trug nun der bekannte Großgrund- und Rittergutsbesitzer Ruffert um sofortige Entsendung einer 30 Mann starken Pionierabteilung der Reichswehr an, um den Schaden durch Errichtung einer Spundwand zu beheben, mit der famosen Begründung, „die Arbeitslosen haben doch kein ganzes Schuhwerk". Der sozialdemokratische Landrat Gauglitz hatte nichts Eiligeres zu tun, als diesem Herrn Rittergutsbesitzer die Zusage zur Entsendung von einer Abteilung Reichswehr zu machen.

Weit über 1000 Arbeitslose zählen wir in Haynau. Die Entsendung von Reichswehr kommt gleich der größten Provokation gegenüber den Arbeitslosen, nur um die Herren Großgrundbesitzer finanziell schonen zu können.

Werktätige aus Stadt und Land, hiergegen gilt es den schärfsten Protest zu erheben. Arbeitslose, duldet auf keinen Fall, daß euch mit Hilfe der Sozialdemokraten die Reichswehr die Löhne drückt. Fordert die sofortige Ausführung dieser Arbeit von den hiesigen Arbeitslosen zu tarifmäßigen Löhnen. Fordert die sofortige Abberufung der Reichswehr!

Görlitz

Frauen heraus!

Dienstag, den 4. November, um 20 Uhr, Frauenversammlung im Lokal „Altstadt". Sympathisierende Frauen sind eingeladen.

Roter Frauen- und Mädchenbund.

Deutsch-Ossig. Die SPD. ist unten durch. Am vergangenen Sonnabend veranstaltete unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung, in der der Genosse Horstmann das Referat hielt. Der Sozialdemokrat Jussan versuchte die Politik seiner Partei zu verteidigen. Erfolg hatte er allerdings nicht. Im Schlußwort erhielt er von dem Genossen Horstmann eine derbe Abreibung.

Sagan

Eine Mitgliederversammlung der weltlichen Schule beschäftigte sich mit der Errichtung einer Schule in Sagan. Kollege Köhler gab den Bericht aus Kottbus. Aus dem Bericht ging hervor, daß die KPD. die Vorkämpferin für den Schulfortschritt ist. Der Vorstand wurde neu gewählt. Am Bußtag soll eine öffentliche Versammlung stattfinden.

Grünberg

Waldmühl. Nazipleite. Am vergangenen Sonnabend rief die Nationalsozialistische Partei zu einer Versammlung auf. Im Saale waren 26 Nazileute anwesend. Vor dem Lokal standen 200 Arbeiter und Kleinbauern. Den Nazileuten wurde die Situation unangenehm. Sie kamen heraus und forderten die Umstehenden auf, in das Lokal zu kommen. Allerdings verspürten die Arbeiter und Kleinbauern keine Neigung, das Eintrittsgeld für das Nazitheater zu bezahlen. Sie blieben draußen, und die Versammlung mußte mit 26 Mann (!) abgehalten werden.

Liegnitz

Besucht die Revolutionsfeier!

Freitag, den 7. November, im Restaurant „Zum Haag" Revolutionsfeier der KPD. Eintritt 30 Pfennig. Anfang 20 Uhr. Programme bei allen Funktionären.

Erwerbslosen-Versammlung

Die Gewerkschaftsführer hatten es wieder einmal nach Monatsfrist vorgezogen, eine Erwerbslosenversammlung abzuhalten. Von etwa 2000 organisierten Erwerbslosen waren noch keine hundert erschienen! Herr Stadtrat Hering (SPD.) referierte über die Verschlechterung in der Krise, obwohl kurz vorher die „Volkszeitung" das Gegenteil schrieb. Na, es war ja „nur" das übliche Gemurmel: „Wir sind nicht schuld" usw. In der Diskussion sprachen unsere Genossen Hoppe, Prabler, Müller und Alscher. Sie zeigten an Hand von Beweisen, was für eine schäbige Rolle die SPD. in der Erwerbslosenfrage spielt. Auch im Ort zum Beispiel wurde ein Antrag der Erwerbslosen auf Winterbeihilfe in der letzten Stadtverordnetensitzung mit Hilfe der SPD. dem Ausschuß überwiesen. Der Bonze Fischer wollte das entschuldigen und begründen. Erwerbslose, laßt euch nicht verwirren. Schart euch um den gewählten Ausschuß. Sprechstunden sind täglich von 10 bis 12 Uhr, Parkstraße 8, Hinterhaus.

Langenöls

Die Revolutionsfeier findet am 7. November um 20 Uhr in der „Brauerei" statt. Es tritt erstmalig die neue Agitprop-Truppe auf.

Kampfbund Schlesien

Achtung, Ortsgruppen des Kampfbundes gegen den Faschismus in Schlesien! Alle Anfragen betreffend Kampfbund sind zu richten an folgende Adresse: August Reimann, Breslau-Rimmel, Möwenweg 23.

Eine rote Kontrollmarke

bekommt das Parteimitglied, das mit den Beiträgen auf dem laufenden ist.

Eine gelbe Kontrollmarke

bekommt das Parteimitglied, das Beitragsrückstände hat. Deshalb holt rückständige Beitragsmarken nach. Die letzte Woche im November ist

Buchkontrolle!